

Ausgabe  
Groß-Berlin

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Ein verbrecherisches System

## Hausbesitzerbank verkracht

Der Direktor flüchtig / Das Reich „saniert“ / Ubles politisches Geschäft mit der Wirtschaftspartei?

### Die Bankpleite einer bankrotten Partei

Zu unserer gestrigen Meldung über den Zusammenbruch der Bank der Wirtschaftspartei berichten wir ergänzend, daß das Vorstandsmitglied Direktor Seiffert inzwischen flüchtig ist. Die Reichsregierung will eine ruhige Abwicklung der Bank gewährleisten und hat Mittel zur Verfügung gestellt. Die Abwicklung ist der Dresdner Bank übertragen. Die Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren wegen Bilanzverschleierung, Konkursvergehen und wegen betrügerischen Handelns gegen Seiffert eingeleitet.

Ein neuer Bankkrach ist da! Die Schalter der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz sind geschlossen. Der Direktor ist flüchtig und der Aufsichtsratsvorsitzende sonnt sich noch in der Freiheit der Immunität — bis sie aufgehoben sein wird. Die Reichsregierung hat wieder Gelegenheit, mit Steuergroschen zu „sanieren“. Die Staatsanwaltschaft versucht inzwischen, in den Akten Böcke und Schafe zu sortieren.

Die Geschäftsführung gibt auch ohne nähere Prüfung Anlaß, daß sich die Staatsanwaltschaft damit beschäftigt. Die Aktiengesellschaft wurde mit einem Kapital von 2 Millionen Mark gegründet. Ohne Kapitalerhöhung

wurde die Bilanzsumme von 4,9 auf 91,4 Millionen gesteigert, d. i. fast das Fünzigfache des Kapitals. Die Bank betrieb eine über ihre Kräfte gehende Expansionspolitik und hat allein 16 Millionen zum Ankauf verschiedener Kreditinstitute aufgewendet, darunter faule Unternehmungen, wie die Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, deren Kapital von 500 000 Mark nur zu einem Viertel eingezahlt war. Und dieses Institut, als G. m. b. H. des Vorstandsmitgliedes Seiffert geführt, erhielt 12 Millionen Mark Kredit von der jetzt zusammengebrochenen Bank. Das wäre allein schon ein Grund gewesen, mit schärfsten Mitteln zuzugreifen und dem ver-

antwortlichen Direktor nicht erst Gelegenheit zur Flucht zu geben.

Die stärksten Verluste der Bank stammen aus der Ueberbeileihung von Grundstücken. Herr Ladendorff ist Vorsitzender der Haus- und Grundbesitzerpartei. Es ist unschwer anzunehmen, daß sein Einfluß zu diesen Geschäften geführt hat, und es ist zu untersuchen, welche personellen Fäden dabei gesponnen wurden.

Die Bilanzen der Bank sind gefälscht. Faule und völlig verlorene Buchposten sind eingesetzt, Ueberwertungen wurden vorgenommen. Die Verpflichtungen der Bank belaufen sich auf 75 Millionen. Was davon noch zu retten sein wird, steht noch dahin.

Der Bankzusammenbruch leuchtet nicht nur in eine selbst im heutigen Deutschland beispiellose Geschäftspraxis, sondern auch in die Hintergründe der Politik. Die Wirtschaftspartei — selbst eine Pleite-Unternehmung in Liquidation — hat bekanntlich nach langem Zögern dem Brüning-Kabinett ihre Stimmen gegeben. Man munkelte damals schon von finanziellen Zusicherungen Brünings an die Wirtschaftspartei. Dies wurde eifrig dementiert. Das Einspringen des Reiches in den Konkurs dieses betrügerischen Unternehmens kann aber nicht wirtschaftlich, höchstens politisch vertreten werden.

### Die Einheitsfront Ueble Manöver um eine proletarische Existenzfrage

\*Berlin, 20. November 1931.

Einen Augenblick ging es in den letzten Tagen wie ein erstauntes Aufhorchen durch die Reihen der Arbeiterklasse. Zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Parteileitung, zwischen „Vorwärts“ und „Rote Fahne“ wurde eine Diskussion geführt um die Einheitsfront zwischen beiden Parteien im Kampf gegen den Faschismus. Schnell folgte dem Aufhorchen

die bittere Enttäuschung.

Wenige Tage genügten, um diese Diskussion als das zu enthüllen, als was sie auf beiden Seiten von vornherein gemeint war: einen neuen Versuch, dem Diskussionspartner wieder ein paar Mitglieder abzugeben. Heute wird auf beiden Seiten, im „Vorwärts“ wie in der „Roten Fahne“, festgestellt, daß es leider wieder gar nichts geworden ist mit der Einheitsfront und daß jeweilig der andere die Schuld daran trage.

Das Ergebnis einer solchen von vornherein unehrlich geführten Diskussion muß neue Enttäuschung in den proletarischen Kreisen sein, die angesichts des drohenden faschistischen Vormarsches von Tag zu Tag dringender eine wirkliche Einheit im Kampf fordern. Die Kette dieser Enttäuschungen zieht sich nun schon durch mehr als ein Jahrzehnt. Und es scheint uns an der Zeit, daß die Arbeiterschaft mit aller Klarheit die Gründe sieht, aus denen diese Enttäuschungen entspringen sind und immer von neuem entspringen müssen, solange die politische Situation der Arbeiterklasse bleibt, wie sie im vergangenen Jahrzehnt gewesen ist.

Die Sozialdemokratische Partei ist so lange unfähig, die Einheitsfront zu schaffen oder auch nur führend an ihr teilzunehmen, so lange sie festhält an ihrer Solidarität mit dem bürgerlichen Staat, der immer rücksichts-

### Wirtschaftsbeirat geplatzt

Reichsregierung weiß keinen Rat

Siehe Wirtschaftsbeilage

loser und grausamer seine Aufgabe erfüllt: Die Arbeiterklasse niederzuhalten, ihre Abwehrkraft gegen die fortwährend sich steigernde kapitalistische Ausbeutung zu brechen. Solange die Sozialdemokratische Partei den Staat des Bürgertums, den Staat der Ausbeutung über das proletarische Klasseninteresse stellt, solange sie jeden Tag bereit ist, ehe der Hahn dreimal gekrät hat, das proletarische Klasseninteresse zu verraten an die Existenzbedingungen des Ausbeuterstaates — solange wird sie niemals ein wirklich aktiver Teil einer einheitlichen proletarischen Abwehrfront sein können.

Auf der anderen Seite steht es mit den Kommunisten in diesem Punkte nicht viel besser. Unter der Einheitsfront verstehen sie — ob parteimäßig oder kartellmäßig gebunden, das ist dabei von untergeordneter Bedeutung — die Einfügung der Arbeiter in einen Kampf um Parolen, die in der Aufstellung und Durchführung der Kontrolle der

### Reparations-Memorandum abgegangen

Berlin, 19. November.

Die Reichsregierung hat beschlossen, nunmehr den Antrag auf Einberufung des im Neuen Plan des Haager Abkommens vorgesehenen Beratenden Sonderausschusses zu stellen. Der Antrag wird im Laufe des Freitag der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel und den Regierungen der Gläubigerländer in Form eines Memorandums übergeben werden, das die Ursache und den Zweck des Antrags darlegt.

Der Wortlaut des Memorandums wird veröffentlicht werden, sobald es der Bank in Basel und den Gläubigerregierungen übergeben ist.

Wie WTB ferner hört, hat der Ausschuß der deutschen Schuldner sich gleichzeitig an die an dem Stillhalteabkommen beteiligten Ausschüsse der ausländischen Gläubiger gewendet und im Hinblick auf den Ablauf des Stillhalteabkommens am 29. Februar 1932 den Beginn a's baldiger Verhandlungen über eine Neuregelung vorgeschlagen.

### Englischer Schutzzoll beschlossen

London, 20. November.

Das Unterhaus nahm gestern Abend mit 329 gegen 44 Stimmen das Dumpingabwehrgesetz in dritter Lesung an.

Das Dumping-Abwehrgesetz geht jetzt dem Oberhaus zu, wo es noch heute in allen drei Lesungen erledigt und durch die Unterschrift des Königs in Kraft gesetzt werden wird.

### Überall Zeichen der Krise

11 Fischdampfer aufgelegt.

Im Altonaer Fischereihafen sind elf Fischdampfer aufgelegt worden. Die Besatzung wurde abgemustert.

## Japan rückt weiter vor

Man spricht von einer „Kompromißlösung“

Mukden, 20. November

Japanische Flieger führten gegen eine 3000 Mann starke Abteilung der Armee Matschangschens, die in Hailun, 100 Meilen nördlich von Charbin, zusammengezogen worden war, einen Bombenangriff durch. Die Truppenabteilung soll vollständig vernichtet worden sein.

Moskau (über Kowno), 20. November

Nach russischen Meldungen aus Mukden geht nördlich von Tsitsikar der Kampf zwischen General Ma und den Japanern weiter. Ma griff am Donnerstag die Japaner an, wurde jedoch unter schweren Verlusten zurückgeschlagen.

London, 20. November

In Tokio verlautet, daß die Japaner beabsichtigen, auch die Stadt Tschuntschau, den letzten Stützpunkt in der Mandchurei, der noch in den Händen der Chinesen ist, zu besetzen. Der Mukdener Korrespondent einer japanischen offiziellen Agentur teilt mit, daß in China große Vorbereitungen für einen Gegenangriff gegen die Japaner gemacht werden. In Tahaschan und Nyaoyang seien Panzerwagen bereitgestellt. In Peking und Mukden stehen Lokomotiven und Züge bereit, um die chinesischen Truppen befördern zu können. Das japanische Kriegsministerium teilt mit, daß chinesische Panzerwagen in die Eisenbahnzone bei Tschuntschau vorrücken.

Aus Paris wird neuerdings wieder einmal von einer Möglichkeit für eine Kompromißlösung gemeldet. Danach wären die Japaner bereit, auf einen Teil ihrer Forderungen (den Punkt 5) zu verzichten und die Entsendung eines Untersuchungsausschusses nach

der Mandchurei durch den Völkerbund zu gestatten. Der Völkerbund sucht seinerseits „das Gesicht zu wahren“, indem er seine Entscheidung vom 30. September wieder aufnehmen will, der die Räumung des besetzten Gebiets fordert, wobei aber diesmal von einem bestimmten Termin abgesehen werden soll. Das ist natürlich nichts anderes als eine Kapitulation vor Japan, ein schwerer Schlag für das Prestige des Völkerbunds. Nicht zuletzt ist diese Hilflosigkeit verschuldet durch die Zurückhaltung Amerikas, das sich nach wie vor gegen jede Beteiligung an drastischen Zwangsmaßnahmen abgeneigt zeigt. Hier spielt außer dem leichten Verdienst durch Waffenlieferungen (wir verweisen auf die besondere Meldung) wohl auch noch die Ueberlegung hinein, daß der in der Mandchurei beschäftigte Japaner vorläufig jedenfalls von anderen Brennpunkten amerikanischen Interesses abgelenkt ist. Amerika hat Zeit, es ist überzeugt, mit dem Inselreich genau so wieder fertig werden zu können wie auf der Washingtoner Konferenz von 1921/22.

Inzwischen ist die russische Antwortnote an Japan fertiggestellt. Sie besagt, die Sowjetregierung beabsichtige nicht, sich in den japanisch-chinesischen Konflikt einzumischen; die Räteregierung habe jedoch alle Veranlassung zu schweren Besorgnissen um die chinesische Ostbahn. Die Note hebt ferner hervor, daß die Gerüchte über die russische Unterstützung des Generals Ma nicht von der Heilungkiang-Regierung verbreitet worden seien, sondern von den japanischen Militärstellen.

kämpfenden Masse selbst nicht unterstehen. Mögen heute diese Parolen halbwegs vernünftig sein, der Situation einigermaßen gerecht werden — morgen werden sie schon abgelöst durch neue, von denen niemand weiß, woher sie kommen, auf die niemand Einfluß hat, daß sie der tatsächlichen Weiterentwicklung der Situation entsprechen.

Was die Arbeiterklasse braucht, das ist die Einheitsfront, die nicht nur dem Willen der Arbeiter zum einheitlichen Kampf gegen den Faschismus entspricht, sondern die überdies auch in jeder Phase den Kampf selbst, die Teilziele jedes Tages, die Methoden und Mittel des Kampfes der Kontrolle des kämpfenden Proletariats selbst unterstellt. Die organisatorischen Voraussetzungen für diese Einheitsfront zu schaffen, die allein das Ziel erreichen kann, das der Sehnsucht der proletarischen Massen nach dem einheitlichen Kampfe vorsteht — das gerade ist die Aufgabe, die sich die Sozialistische Arbeiterpartei mit ihrer Gründung und bei ihrem Aufbau gestellt hat.

Wenn wir die Arbeiter auffordern, durch die SAP und in der SAP die proletarische Einheitsfront zu schaffen, so tun wir es nicht aus kleinhlichem Parteiegoismus, der auf einer Linie stünde mit den üblichen Einheitsfrontmanövern der SPD- und KPD-Bonzen — Nein! Wir haben die Partei geschaffen nur zu dem einen Zweck und mit dem einen Ziel, die Voraussetzungen zur Einheitsfront, die heute in SPD und KPD nicht gegeben sind, zu schaffen. Wir fordern von dem Arbeiter, der mit uns kämpfen will, nicht die Verkettung an den Staat des bankrotten Ausbeutersystems; wir fordern von ihm nicht die Unterwerfung unter eine Kampfdisziplin, auf deren Ziele und Methoden er keinen Einfluß hat —

**wir legen alles in die Hände der Arbeiter selbst,**

der Arbeiter, die zum Kampf, zum ernsthaften revolutionären Kampf gegen die Welt der Ausbeutung bereit sind. Hier nur kann und hier wird die wahre Einheitsfront des kämpfenden Proletariats wachsen.

## Brandier schimpft

Die Reichsleitung der KPD hat an die SAP bekanntlich ein Schreiben gerichtet, das angeblich eine Aufforderung zur „Einheitsfront“ darstellen sollte. Da der Vorstand der SAP genau so wie die Mitglieder in diesen Wochen zu arbeiten hatte, konnte dieses Schreiben dem Parteivorstand erst vorgelegt werden, als er nach Abschluß der Hessenwahlen einigermaßen vollständig zusammentreten konnte.

Brandier, der das Organ der „Arbeiterpolitik“ offenbar vollständig beherrscht, hat diese Verzögerung benutzt, um recht ausgiebig darüber zu zetern, daß die SAP nicht zu antworten „wage“. Jetzt ist die Antwort da, und schon zetert er über das „klägliche Manöver“, daß die SAP doch geantwortet habe.

Wir haben keine Ursache, Brandiers Schimpfexzesse hier wiederzugeben. Er mag seine Wiederaufnahme bei der KPD betreiben, wie er will, er mag gegen unseren „Zentrismus“ geifern. Wir wünschen ihm aus vollem Herzen, daß die Beschimpfung der SAP in Moskau und Berlin ein ausreichendes Paßvisum in das Land des kommunistischen Lächelns sein möge.

Wir stellen nur fest: Wir haben den ernsthaften Wunsch, zu einer Einheit mit der KPD zu kommen. Dieser Wunsch ist ehrlich. Brandiers „Einheitsfront“ ist unehrlich. Wir erinnern ihn daran, daß die „Sozialistische Wochenzeitung“ kürzlich aus der Resolution der Mehrheit der Reichsleitung der KPD die Stellen abgedruckt hat, in denen deutlich und klar gesagt wird, daß das Brandierische Einheitsfrontangebot nur ein „taktisches Manöver“ sei und nicht mehr sein dürfe. Und wenn ihm das nicht genügt, wir sind gern bereit, seinen wenig unterrichteten Anhängern Beweise für die „Ehrlichkeit“ Brandiers auf den Tisch zu legen. Vielleicht fragen sie ihn einmal, was er getan hat, um zu einer wirklichen Einigung zu kommen? Ob er nicht von Anfang an grundsätzlich abgelehnt hat, eine solche Einigung auch nur zu diskutieren?

Nun meint Brandier, daß doch ein gemeinsames Zusammensehen von Fall zu Fall möglich ist. Er meint es zwar nicht ehrlich, aber wir fühlen uns wahrhaftig stark genug, um seinen taktischen Manövern gewachsen zu sein. Die SAP hat ihren „Schutzbund“. Möge doch die KPD ihre Ordner aufmarschieren lassen und sie zu gemeinsamen Aktionen mit dem Schutzbund mobilisieren. Wie Brandier auf den Gedanken kommt, der Schutzbund müsse in überparteilichen Klassenwehren aufgehen, bleibt sein Geheimnis. Den organisatorischen Aufbau der SAP bestimmen die Mitglieder der SAP selbst, und sie haben auf der Reichskonferenz die Bildung des Schutzbundes gefordert und beschlossen.

Die SAP sieht keinen Grund, sich ihre Handlungen von Brandier vorschreiben zu lassen. Wer mitbestimmen will, möge in die SAP eintreten. Er wird dann zum Schimpfen wenig Zeit zur Arbeit viel Raum haben. zur Arbeit am Aufbau einer sozialistisch-revolutionären Massenorganisation.

## „Nautilus“ versenkt

Wie aus Oslo gemeldet wird, wurde am Freitag mittag „Nautilus“, das U-Boot der Wilkins-Expedition, von einem Schlepddampfer aus dem Hafen von Bergen auf das offene Meer hinausgeschleppt. Kurz vor 12 Uhr wurde die amerikanische Flagge heruntergeholt. Mit dem Bug voran begann das U-Boot zu sinken.

# Wir stürmen Chemnitz

**Weckerle und Eckstein: „Warum SAP?“ — Entlarvung der Scheinopposition der Chemnitzer Bezirksleitung der SPD. Auseinandersetzung mit der KPD.**

Die Maßregelung des Genossen Weckerle durch die Pressekommission der Chemnitzer Volksstimme, sowie das ihm von der Bezirksleitung der SPD auferlegte Redeverbot wegen seiner von dem Willen der Mitgliedschaft getragenen Haltung gegenüber der Politik des Parteivorstandes und der darauf folgende Austritt aus der Partei haben in den sozialdemokratischen Arbeiterkreisen nachhaltig gewirkt.

Die SAP ließ Weckerle in Chemnitz in einer öffentlichen Kundgebung sprechen und bot weiter ein Referat des Genossen Eckstein, Braunsau, über die Ziele und Aufgaben der SAP. Die Versammlung war von mehr als 1500 Personen besucht und mußte polizeilich geschlossen werden.

Das von der SPD Groß-Chemnitz erlassene Versammlungsverbot brachte zwar eine Begründung für das Ausweichen von Böchel und Kuhnt über ihre „oppositionellen“ Taten, hatte aber einen um so größeren Zuspruch sozialdemokratischer Arbeiter zur Folge. Die Unterbezirksleitung der KPD dagegen verlangte in einem Aufruf im „Kämpfer“ Besuch unserer Veranstaltung und versprach und hielt kameradschaftliche Diskussion über die Probleme des proletarischen Klassenkampfes.

Genosse Weckerle begann mit der Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die noch nie so erschüttert gewesen ist wie heute; niemals befand sich der Kapitalismus in einer solchen Krise, und noch niemals haben sich die Menschen so nach einer neuen Ordnung gesehnt. Dann was der niedergehende Kapitalismus zu seiner Erhaltung tut, verschärft die Situation ungeheuerlich. Die Folgen der beabsichtigten Herstellung der Rentabilität der Betriebe sind Lohnabbau über Lohnabbau, Einbruch in die Sozialversicherungen, sind Maßnahmen, die Kosten der Krise den Massen aufzubürden. Der Exponent dieses Kurses ist der von der SPD tolerierte Reichskanzler Brüning I und II, derselbe Brüning, der im Interesse der herrschenden Klasse die Krise auslösen lassen will zu einer Auseinandersetzung mit Frankreich und zur Revidierung des Versailler Vertrages zum Zwecke der deutschen Aufrüstung. Die Politik der SPD, die Unterstützung Brünings, ist gleich der während des Weltkrieges. Was damals der Krieg war, ist heute die Krise; was damals Bethmann war, ist heute Brüning; was damals der Burgfrieden war, ist heute der Hindenburgfriede mit 19 Unternehmervertretern und 6 Gewerkschaftsvertretern, eine Analogie, die zu denken gibt. Die Krise weitet sich inzwischen aus und wächst zu einer furchtbaren Verelendung des Proletariats. Eine Situation, die nach marxistischer Erkenntnis nicht Ruhe, sondern Kampf gegen das System erfordert, um aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus zu einer neuen sozialistischen Ordnung zu kommen. Eine Zeit, wo selbst Kapitalisten an ihr System nicht mehr glauben, wo Massen aufgerührt sind, ist die Zeit für den Sozialismus. Die Unterstützung Brünings durch die SPD läuft diesen Geschehnissen zuwider und kann nur fortgesetzt werden, indem die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei unterbunden wird. Die Spannungen waren und sind deshalb so groß, daß das kleinste Vorkommnis genügt, die Partei zu zerreißen. Denn die offizielle Partei ist gebunden durch tausend Fäden, die ihr die Freiheit der Aktion nehmen. Deshalb war die Aufrichtung einer neuen sozialistischen Partei eine historische Notwendigkeit!

Und wie sieht es denn mit der Opposition des Chemnitzer Bezirkes aus? Sie ist keine, darüber helfen auch alle Betenungen, daß man will, nicht hinweg. Wenn schon Rußland-Artikel nicht ertragen werden, dann ist Kritik an der Tolerierung gleich unmöglich. Wir taten nun nicht einen halben Schritt und gingen zur KPD, sondern einen ganzen Schritt durch Aufrichtung der SAP, denn uns erscheint auch die Abhängigkeit der KPD von Geschehnissen in Rußland hemmend.

So gigantisch das Werk der russischen Revolution ist, es braucht aber zur Zeit und wer weiß wie lange, aus seiner Eigenart zum Aufbau stabile Verhältnisse der außer-russischen kapitalistischen Länder. Es wäre Tragik des Schicksals, sollten wir mit gelundenen Händen beiseite stehen, wo der Kapitalismus schwankt. So groß das Geschehen ist in Rußland, entscheidender ist die Situation, die Zuspitzung des Kapitalismus aller Länder. Die Arbeiterklasse kann nicht warten, sie muß den Kampf selbst durchführen. Noch eins trennt uns von den Kommunisten; abgesehen vom Aufbau der KPD: ihre Argumentation in der nationalen Frage, die sie z. B. im Kampf gegen die Reparationen in eine Reihe mit den deutschen Kapitalisten bringt. Dadurch wurde schon einmal, im Ruhrkrieg 1923, eine revolutionäre Situation verpaßt. Daß die KPD auch heute die zum Proletariat werdenden Massen nicht von dem Zulauf zu den Nationalsozialisten aufhalten kann, ist ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit der SAP, die weder Vergangenheit noch Bindungen hat und deren Ziel ist, dadurch die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen.

Die grundlegenden Ausführungen des Genossen Weckerle waren von einem großen Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Arbeiterklasse getragen und wurden beifällig aufgenommen.

Genosse Eckstein, der hierauf sprach, definierte zunächst die Begriffe Gesellschaft und Staat und rückte von einer Bejahung auch des heutigen Staates, der deutschen Republik, ab. Denn in dieser Republik herrscht nicht der Geist der Verfassung von Weimar, sondern der Kapitalismus. Oder ist es ein anderer, der Polizei gegen hungernde Erwerbslose schießen läßt? Erwerbslose, die nur ihre in der Verfassung verbrieften Rechte auf Arbeit oder ausreichende Unterstützung wollen? Wir bekennen uns offen zu diesen Massen und haben keine Lust, sie ein paar Aemter wegen zu verleugnen. Aber Teilaktionen nach den Vorbildern der Kommunisten machen wir nicht mit, sie führen fast ausschließlich zu Niederlagen. Sie sind nicht in der Lage, das Proletariat zu sammeln, das beweist der Erfolg der SAP, der es in 13 Wochen gelungen ist, so viel zu organisieren wie die KPD in 18 Jahren. Uns steht höher als die Einheit der Partei die Einheit der Arbeiterklasse. Das ist ein Werk von geschichtlicher Bedeutung.

Genosse Eckstein, der oft den Widerspruch der Kommunisten erregte, sich aber temperamentvoll durchsetzte, hatte sichtbar einen großen Teil der Besucher an sich gezogen.

Sindermann von der KPD als erster Diskussionsredner kam gegen Weckerle nicht auf und mußte sich in Fragen der großen Politik auch durch den Genossen Eckstein stark berichtigen lassen.

Raumangel hindert uns leider, hier auf die Fragen der Internationale, die Stellungnahme zum sächsischen Volksbegehren der KPD und die sonstigen Diskussionspunkte einzugehen.

## Die deutsch-französischen Beziehungen

**Interpellationsdebatte in der französischen Kammer**

### Sozialisten für Abrüstung

Paris, 19. November.

Interpellationsdebatte über die auswärtige Politik. Erster Interpellant ist der Sozialistische Partei übergetretene bisherige Sozialrepublikaner Planche. Er beschäftigt sich mit dem Problem der Abrüstung. Er erwähnte eingangs die Reisen des Ministerpräsidenten nach Berlin und nach Washington und kam schließlich auf die Notwendigkeit der Abrüstung zu sprechen, wie sie sich aus dem Versailler Vertrag ergibt. Wenn man diese Verpflichtung nicht einhalte, würde Deutschland berechtigt sein, die Wiederaufrüstung zu verlangen. (Die Rechte protestiert, die Linke klatscht Beifall.) In bezug auf die Unterredungen, die Ministerpräsident Laval in London hatte, kritisierte der Interpellant, daß damals nicht von der Abrüstung gesprochen worden sei. Hierauf antwortete Ministerpräsident Laval, damals sei von der Abrüstung überhaupt nicht die Rede gewesen. „Meine damaligen Worte“, erklärte er, bezogen sich nur auf die Revision des Young-Planes, von der ich nichts habe hören wollen. Heute will ich ebensowenig davon hören.“

Zweiter Interpellant ist der Abg. Hennessy, der sich hauptsächlich mit der Lage in Sowjetrußland beschäftigt und vor den starken Rüstungen Rußlands warnt. Die Rote Armee sei die bestorganisierte.

Der nächste Redner ist der Sozialist Brunet. Er beschäftigt sich mit der Notwendig-

keit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und erklärte, man müsse eine internationale Wirtschaft zusammenbringen; die Regierung müsse in diesem Sinne die Initiative ergreifen.

Übergehend auf das deutsch-französische und das Wirtschaftsprogramm erklärte der Abgeordnete, der internationale Kapitalismus bringe das soziale und materielle Leben der Nation in Unordnung. Man müsse feststellen, daß die Finanzmagnaten heute die Rolle übernehmen, die einst die großen Grundbesitzer spielten. Die Großfinanz organisiere Kolonial-Expeditionen und schaffe dadurch Kredit. Andere aber finanzierten die Reaktion und den Radikalismus. Bis zum Februar müsse eine Lösung für die kurzfristigen Kredite in Deutschland gefunden werden. Er billige nicht die deutsche These, aber er müsse doch sagen, daß es notwendig sei, daß Frankreich sich nicht überraschen lasse und daß es nicht zulassen dürfe, daß Deutschland zusammenbräche.

Hier erhebt sich der blinde Abgeordnete Scapini und erklärte, es dürfe doch unmöglich zugelassen werden, daß die privaten und die politischen Schulden miteinander vermenget würden. Der Abgeordnete Brunet erklärte dann, man müsse mit Deutschland zusammenarbeiten.

Als letzter Interpellant fragte in der heutigen Kammer Sitzung der Abg. Marchand (radikal), wie die Regierung die Maßnahmen der Unterstützung der französischen Produzenten, die mit der Landwirtschaft, Wein- und Industriekrise zu kämpfen hätten, mit der Befristung der Kreditansprüche aus-

dem Ausland in Einklang bringe. Aus der Zustimmung Frankreichs zum Hoover-Moratorium habe Deutschland den Nutzen gezogen. Frankreich habe aber nicht einmal eine Geste der Dankbarkeit dafür empfangen, obwohl es allein die Opfer gebracht habe. Frankreich habe neue Kredite bewilligt und keine Gegenleistung von Deutschland erhalten.

Hier griff Finanzminister Flandin in die Debatte ein und erklärte, er könne nicht die Behauptung zulassen, daß der der Reichsbank gewährte Vorschuß, an dem sich auch die Bank von Frankreich und die Bank von England beteiligt hätten, um die deutsche Währung zu retten, ohne Garantie gewährt worden sei. Hierauf fuhr der Abg. Marchand fort, er habe nicht von Garantien gesprochen, sondern von Gegenleistungen.

Darauf wurde die weitere außenpolitische Interpellationsdebatte auf Freitag nachmittag vertagt.

## Grandis Pumpreise

### Morgan soll helfen

Washington, 19. November.

Der italienische Außenminister Grandi hatte heute nach einem Frühstück beim Unterstaatssekretär Castle nochmals eine Unterredung mit Staatssekretär Stimson. Die Zeit von morgen mittag bis zum Sonntag wird Grandi in Philadelphia und Baltimore verbringen, um sich dann von Montag bis Freitag nächster Woche in New York aufzuhalten, wo er u. a. mit Lamont von der Morgan & Co. konferieren wird. „Baltimore Sun“ vermutet, daß Grandis langer Aufenthalt in New York finanziellen Verhandlungen zum Zweck der

**Aufnahme einer Anleihe für italienische Industriezwecke**

dienen dürfte und beurteilt die Aussichten hierfür optimistischer als ähnliche frühere Bemühungen Volpis.

\*

Damit ist nun endlich die Katze aus dem Sack gelassen, nachdem von italienischer Seite vorher energisch abgestritten worden war, daß Grandis Reise irgend etwas mit finanziellen Bedürfnissen zu tun hätte. Wir haben hier von Anfang an betont, daß die Aufnahme eines Pumps der Hauptzweck dieses Besuchs sei, daß die politischen Lorbeeren, die Grandi pflücken möchte, bestimmt nicht ausreichen, die faschistische Suppe schmackhafter zu machen. Tatsächlich ist außer dem üblichen offiziellen „herzlichen Empfang“ (der inoffizielle sieht anders aus!) nichts herausgekommen.

Nun fragt es sich, ob Herr Morgan das Geschäft mit Mussolini riskieren will; von staatlicher Seite hat Grandi nichts erhalten, vielleicht auch nichts gefordert, womit dann die offiziellen Dementis einen Schein von „Wahrheit“ erhielten. Herr Morgan wird es nicht billig tun, wenn er es tut, er wird eine hohe Risikoprämie einkalkulieren und Pfänder fordern. Mit anderen Worten: der Ausverkauf Italiens an das amerikanische Kapital wird weiter fortschreiten und der Häuptling Mussolini wird noch lauter die nationalistische Trompete blasen, um das Getöse dieser Ausrüstung zu übertönen. Aber einmal muß ihm der Atem ausgehen. So gesehen ist die Pumpfahrt nach Amerika allerdings von Wichtigkeit und Bedeutung.

## „Bogelsterter Empfang“

„Feuerwerk“ mit platzenden Bomben  
New York, 20. November.

Die Morgenblätter weisen auf die aus Anlaß des heutigen Besuches Grandis getroffenen umfangreichen Vorsichtsmaßnahmen hin. Sie erwähnen dabei die heute früh in Philadelphia erfolgte Explosion eines Gasrohres, die einige Häuserblocks von der Wohnung des italienischen Generalkonsuls entfernt erfolgte und auf die Explosion einer Bombe zurückgeführt wird.

Philadelphia, 20. November.

In der Nähe der Wohnung des italienischen Generalkonsuls, Marquis Ferrante, der heute nachmittag Grandi bei seiner Ankunft empfangen wird, ereignete sich eine heftige Bombenexplosion. Die Polizei glaubt, daß die Bombe von Antifaschisten herührt. Die Explosion richtete beträchtlichen Schaden an.

## So versöhnt man die Gegner!

Deutschland als Waffenlieferer.

Moskau (über Kowno), 19. November.

Nach russischen Meldungen aus Tokio hat das japanische Marineministerium in England große Bestellungen für das militärische Flugwesen untergebracht. Weitere Bestellungen sollen in Amerika gemacht werden.

\*

In diesem Zusammenhang ist von besonderem Interesse eine Nachricht des „New Leader“, wonach das „entwaffnete“ Europa im Jahre 1929 über 31 Prozent der Waffen geliefert hat, die China empfangt, und 1928 kamen nach derselben Quelle über 51 Prozent der an Japan gelieferten Waffen ebenfalls aus Deutschland. Verstehen man nun, warum die schwerindustrielle Presse ängstlich davor warnt, sich irgendwie durch Eingreifen in der Völkerbundsversammlung zu „kompromittieren“?

# Die deutsche Novemberrevolution

7. Fortsetzung

Von Georg Ledebour

**8. Revolutionsieg am 9. November**  
Der Aufruf zum Massenstreik, zum konzentrischen Vormarsch in die Stadt und zur Niederwerfung jeden Widerstandes hatte am Morgen des 9. November sofort vollen Erfolg. Es wurde nur an wenigen Stellen von Offizieren Widerstand versucht. Die Soldaten schlossen sich überall der revolutionären Arbeiterschaft an. Nach wenigen Stunden war ganz Berlin in den Händen der sozialistischen Revolutionäre. Es geht daraus klar hervor, daß auch am 4. November bereits, als die Nachricht von der erfolgreichen Erhebung der Matrosen sich schon in Berlin überall verbreitet hatte, unser Aufruf vollen Erfolg, aber dann mit ganz anderen, der Sozialisierung Deutschlands zum Durchbruch verhelfenden Nachwirkungen gehabt haben würde.

Um das richtig zu würdigen, was sich zwischendurch im Reichstag abgepielt hat, muß ich an den Regierungswirrwarr im Verlauf der letzten Woche erinnern. Die neugebackenen sozialdemokratischen Verlegenheitsminister hatten alles aufgeboten, um die Monarchie zu retten. Ebert drängte aber auf Abdankung Wilhelms, da dieser selbst in seinen kaisertreuen Augen zu sehr kompromittiert war. Irgendein Prinz sollte dann provisorisch die Regentschaft übernehmen. Es steht fest, daß im Verlauf dieser Verhandlungen von Ebert das Wort gefallen ist: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde!“ Als bei diesen Verhandlungen zwischen dem Hauptquartier und der Wilhelmstraße nichts herauskam, aber fortgesetzt Nachrichten von Revolutionserfolgen aus ganz Deutschland einliefen, übertrug schließlich der amtierende Reichskanzler Prinz Max von Baden in der Verzweiflung sein Amt dem Revolutionshasser Friedrich Ebert. Dieser erließ denn auch noch am Abend des 8. November einen Aufruf, der zur Ruhe und Ordnung ermahnte und vor revolutionären Umtrieben warnte.

Dittmann, Vogtherr und ich waren seit 6 Uhr im Reichstag auf den Beinen, in der Erwartung von Meldungen über den Verlauf der Massenaktion. Da erschien bei uns in unserm Fraktionszimmer der Reichskanzler Friedrich Ebert zusammen mit den Staatssekretären Scheidemann und David. Zur Würdigung dieses Vorgangs und des Angebots, das Ebert uns machte, genügt es, daß ich wieder die Ausführungen zitiere, die ich in meiner Verteidigungsrede gegenüber der Anklage auf „Rädelführerschaft bei Aufruhr“ am 20. Mai 1919 vor dem Geschworenengericht gemacht habe:

„An seinen Vorschlag (mit uns, den Unabhängigen Sozialdemokraten, zusammen eine Regierung zu bilden) knüpfte Herr Ebert die Bemerkung:

„Wir halten unsere Leute noch bis 12 Uhr zurück.“ Sie wußten also, auf Grund unserer in der Nacht ausgegebenen Parole: Am Sonnabend, dem 9. November, in aller Frühe, treten die Arbeiter Berlins in einen Streik und marschieren bewaffnet nach dem Zentrum der Stadt, um nötigenfalls jeden Widerstand mit Waffengewalt zu brechen.“

„Meine Herren! Sie müssen diesen Vorgang einmal von staatsrechtlichen und staatsanwaltschaftlichen Gesichtspunkten betrachten: Der Reichskanzler des Deutschen Reiches, der unmittelbar vorher,

## Ein Schiff steht in Flammen

WTB London, 20. November.

Auf dem im Trockendock von Belfast liegenden 19 000 Tonnen großen Luxusmotorschiff „Bermuda“ brach gestern in der zehnten Abendstunde Feuer aus. Um Mitternacht stand das ganze Schiff in Flammen. Die gesamte Feuerwehr von Belfast nahm an den Löscharbeiten teil, die durch ständig aufeinanderfolgende Explosionen sehr erschwert wurden. Um 2 Uhr früh begann das Schiff sich allmählich auf die Seite zu legen.

Die „Bermuda“ war in Belfast für die Furness-Bermudas-Linie gebaut worden und hat ihre erste Fahrt 1928 unternommen. Während der Saison war sie für den Verkehr zwischen New York und Bermudas bestimmt, während sie in der übrigen Zeit des Jahres Weltreisen unternahm. Am 17. Juni dieses Jahres war sie bereits im Hafen von Hamilton (Bermudas) durch ein großes Feuer schwer beschädigt worden und nach vorläufiger Reparatur nach Belfast zurückgekehrt, wo die Wiederherstellungsarbeiten gestern bei Ausbruch des Feuers beinahe beendet waren.

„Daily Telegraph“ meldet, daß das Schiff vollkommen zerstört sei und daß der Schaden eine Million Pfund Sterling übersteige.

**Werbt für die SAZ!**

unter Wilhelm II., seinen Posten übernommen hat, kommt mit einem der Staatssekretäre in das Zimmer einer revolutionären Partei und bietet diesen Gegnern ein gemeinsames Ministerium an. Sie wußten, daß wir bereits die Parole der Revolution gegen die Regierung, an deren Spitze Ebert stand, ausgegeben hatten, und nun machen sie diesen Revolutionären, die gegen sie selbst Revolution machen wollen, das Angebot: Bitte, meine Herren, wir sind bereit, mitzumachen, wir haben auch so etwas im Werke.“

„Der deutsche Dichter Platen hat gesagt: „Nur ein freies Volk ist würdig eines Aristophanes.“ Das deutsche Volk ist heute noch kein freies Volk. Sonst stände ich nicht hier. Aber sollten wir einmal wirklich ein freies Volk werden, kann man sich da für einen Aristophanes einen besseren Stoff zu einer satirischen Komödie denken als diese Szene? Dieser Herr Ebert, dieser falsche Biedermann, der sich von seinem Monarchen zum Reichskanzler machen läßt, kommt gleichzeitig zu dem revolutionären Republikaner Ledebour, den er bis aufs Blut haßt — ich habe die Fähigkeit, mich bei Leuten vom Schlage Eberts besonders verhaßt zu machen — und er bietet sich zu einer gemeinschaftlichen Revolution mit uns gegen seine eigene Regierung und zur Bildung einer gemeinschaftlichen Revolutionsregierung.“

Ich erklärte, daß wir gar nicht befugt seien, allein darüber zu entscheiden, was für eine Regierung nach dem zweifellos, auch ohne die Beteiligung der angeblich noch

bis 12 Uhr zurückgehaltenen Anhänger Eberts, jetzt bereits erfochtenen Revolutionsiege errichtet werden solle. Darüber habe zunächst der Revolutionäre Zentralrat zu entscheiden, endgültig aber erst der einberufende Arbeiter- und Soldaten-Kongreß. Ich wolle aber meinen Freunden vom Revolutionären Zentralrat Mitteilung von dem Angebot Eberts machen.

Diese selbstverständliche Zurückhaltung hat sich leider der Genosse Wilhelm Dittmann nicht auferlegt. Gerade er, der noch am 2. November einer der erbittertesten Gegner der revolutionären Endkampfes war, ging mit Feuerreifer auf das Angebot Eberts ein und erweiterte es dahin, daß für jedes Ministerium zwei Genossen, ein Sozialdemokrat und ein Unabhängiger, ernannt werden sollten, welche unsinniger, von vornherein zur Fruchtlosigkeit verdammt Vorschlag ja auch schließlich in die Praxis übertragen wurde.

Ich begab mich dann nach dem Vorortlokal, wohin wir die Genossen der Revolutionszentrale bestellt hatten. Die Erschienenen lehnten einstimmig die gemeinsame Regierung mit Ebert und seinen Anhängern ab. Auf der Rückfahrt zum Reichstag traf ich mit den Genossen Karl Liebknecht und Adolf Hofmann zusammen. Wir hielten an verschiedenen Stellen Ansprachen an die jubelnd die Straßen durchwogende Menge. Unser Hoch auf die sozialistische Räte-Republik Deutschland wurde überall begeistert aufgenommen.

(Weitere Artikel folgen)

## Ihres Gottes Mühlen . . .

Am 14. Juni ist bei Nantes der Dampfer „St. Philibert“ untergegangen; vierhundertfünfzig Arbeiter, Frauen und Kinder sind ertrunken. Nun widmet die katholische Presse den Toten einen Nachruf, sagt, nicht der Sturm und nicht der Ozean, sondern der liebe Gott höchstpersönlich habe die Katastrophe veranstaltet. . .

Der katholische „Tiroler Anzeiger“ schreibt: „Der Untergang des Dampfers „Philibert“ — ein Gottesgericht.“; in dem Artikel heißt es wörtlich:

„Am 14. Juni sollte sich nämlich durch die Straßen von Nantes die Sakramentsprozession bewegen. Die kommunistische Zeitung „Travailleur“ forderte die Eltern von Nantes auf, durch einen Dampferausflug gegen die Prozession zu demonstrieren. Die Veranstalter des Ausfluges waren Freimaurer und Kommunisten, die eine Ueberraschung für die anderen Passagiere bereithielten: Im Schiffsraum wurden nämlich Fähnchen und Inschriften entdeckt, die eine Verhöhnung und Gotteslästerung darstellten. Es sollte auf dem Schiffe eine Sakramentsprozession imitiert werden. Die Fähnchen und Inschriften blieben aber unbenutzt — eine halbe Stunde vor dem Beginn der gotteslästerlichen Szene auf dem Schiffe versank es, und von Hunderten wurden nur

wenige Personen gerettet. Eine Familie aus sieben Köpfen, die sich auch gutgläubig an dem Ausflug beteiligen wollte, wurde durch den Widerstand eines sechsjährigen Mädchens, das um keinen Preis an Bord gehen und dafür an der Prozession in Nantes teilnehmen wollte, gerettet. Die Familie kehrte um, wodurch sie der Katastrophe entronnen ist.“

Bravo! Denen hat er's besorgt! Ja, Gott läßt sich nicht spotten! Man spürt geradezu das wohlige Entzücken der Kleriker über das so sichtbare Menetekel „ihres“ Gottes. Er hat ein Exempel statuirt, das wird eine Weile nachhalten. Das walte Gott!

Wenn man ausgerechnet Objekte für Gotteslästerungsprozesse braucht (was nun wohl unnötig geworden ist; wenn die nächstenfreundliche Auffassung seiner Anhänger recht hat, ist er, wie das Beispiel zeigt, durchaus in der Lage, sich selbst zu schützen) — also dann könnte man sich mit einem festen Griff in der Redaktion dieses katholischen Geistesprodukts bedienen. Denn ein Dampferunglück umzumünzen in einen Massenmord aus Rache, begangen von dem Allmächtigen an 450 Menschen, Männern, Frauen, Kindern — anscheinend trauen diese Christen ihrem höchsten Herrn recht sehr niedrige Instinkte zu. . .

## Ein Fanal

Wie ein Arbeitsloser endete

Berlin, 20. November.

Im Norden Berlins brach in der Grünthaler Straße der 23 Jahre alte Wilhelm Schlieff leblos zusammen. Vorübergehende brachten den Bewußtlosen in die nächste Rettungsstelle. Dort ist er gleich nach der Einlieferung gestorben. Ein Blutsturz und Herzschlag hatten dem Leben des seit langer Zeit arbeitslosen und schwer tuberkulösen Arbeiters ein Ende gesetzt. Schlieff war 25 Jahre alt.

## 15 Jahre Zuchthaus — mit Indizien!

Königsberg, 20. November.

Das Königsberger Schwurgericht verurteilte gestern den 29 Jahre alten Ziegeleiarbeiter Franz Holländer wegen versuchter Notzucht in Tateinheit mit Totschlag zu 15 Jahren Zuchthaus und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt.

Holländer stand unter der Anklage des Mordes an der Klavierlehrerin Else Prengel aus Königsberg, die auf der Chaussee bei Goldbach sterbend aufgefunden wurde. Holländer wurde kurz nach der Tat verhaftet, als er sich unter den Zuschauern am Tatort eingefunden hatte und man an seinen Kleidern Blutspuren entdeckte, die er jedoch mit Nasenbluten erklären wollte.

Holländer hat kein Geständnis abgelegt, sondern noch im Schlußwort betont, daß er

unschuldig sei. Das Gericht nahm jedoch auf Grund der Indizien die Täterschaft Holländers als erwiesen an.

## Aus dem „Ordnungs“staat

Der Berliner Dienst des WTB. meldet: „Beamten der Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung unzüchtiger Bilder und Schriften im Polizeipräsidium war es in der letzten Zeit aufgefallen, daß in der Wärmehalle in der Ackerstraße ein schwinthafter Handel mit grob unzüchtigen Bildern getrieben wurde. Durch die Beobachtungen gelang es jetzt, den Artisten W., den Arbeiter G., den Kaufmann F. und das Kaufmannsgepaar H. als Darsteller der grob unzüchtigen Aufnahmen festzustellen und festzunehmen. Gleichzeitig wurde der Photograph G. als Hersteller der pornographischen Aufnahmen ermittelt und festgenommen. Weit über 100 Postkarten und 35 Negative konnten beschlagnahmt werden.“

## Die „Demokratie“ funktioniert

Katzellenbogen bleibt frei!

Die 2. Strafkammer des Berliner Landgerichts I hat die Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß des Untersuchungsrichters, durch den Katzellenbogen gegen eine Sicherheitsleistung von 100 000 M. mit der Untersuchungshaft verschont wird, zurückgewiesen. Die Strafkammer ist der Ansicht, daß die Sicherheitsleistung von 100 000 M. in Verbindung mit der Ablieferung des Passes und der Unterwerfung unter bestimmte Verpflichtun-

gen hinsichtlich der Kontrolle seines Berliner Aufenthaltes ausreicht, um den an sich bestehenden Fluchtverdacht zu beseitigen!

## Gröner ist beruhigt

Am Freitagvormittag hat — wie das „HT“ berichtet — die seit einiger Zeit in Aussicht genommene Aussprache zwischen dem Reichsminister des Innern Gröner und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun stattgefunden, die durch den Rundfunkkonflikt veranlaßt war. Die Unterredung hat, wie vorausgesehen war, zu einer Verständigung zwischen beiden Ministern geführt. Änderungen an den bestehenden Bestimmungen für den Rundfunk werden nicht vorgenommen werden. Man hat sich dahin verständigt, daß die bestehenden Bestimmungen ausreichen, wenn sie „entsprechend angewandt“ werden.

Herr Gröner wird also den Patriotismus der Höllerrmann und Konsorten freundlichst tolerieren. Und was die kleinen Nüancen des Stils betrifft, so wird Herr Ernst Heilmann im Einzelfall die nötigen Konzessionen machen. Der „sozialdemokratische Einfluß“ am Berliner Mikrophon wäre also wieder einmal gerettet!

## Des Pudels Kern

Die Anklage gegen Dreiser  
New York, 20. November.

Das Gericht von Middlesborom im Staate Kentucky hat gegen Theodor Dreiser und acht New-Yorker Publizisten Anklage „wegen eines auf Staatsumsturz gerichteten verbrecherischen Syndikalismus“ erhoben. Ferner behauptet die Anklageschrift, Dreiser und seine Freunde hätten die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten aufgereizt.

Dreiser hatte die im Staate Kentucky gelegenen Bergarbeiterreviere von Harlan besucht. Nach seiner Rückkehr berichtete er über diese Reise und klagte in bewegten Worten die entsetzlichen Bedingungen an, unter denen die Arbeiterschaft in Harlan leben muß. Ausführlich berichtete Dreiser über das Harlaner Kindersterben und seine wahren Ursachen, kritisierte die mangelnden Hilfseinrichtungen des Staates und forderte die Arbeiterschaft zum Protest auf. . .

Zuerst hieß es bekanntlich, Dreiser werde wegen Ehebruchs verfolgt. Jetzt enthüllt sich mit aller Deutlichkeit, weshalb die amerikanischen Behörden das Privatleben Dreisers so eifrig beschnüffelten: es galt, einen sozialistischen Agitator vor dem prüden USA moralisch zu kompromittieren!

## Ein Camelot du roi über Deutschland und Frankreich

Von der Deutschen Liga für Menschenrechte erhalten wir folgende Zuschrift:

Durch Vermittlung der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ haben zwei Schüler höherer Lehranstalten Gelegenheit gehabt, sich längere Zeit in Frankreich aufzuhalten, um dort mit der Jugend aus den verschiedenen politischen Kreisen in Verbindung zu treten. So machten sie auch die Bekanntschaft eines Royalisten, der zu den „Camelots du roi“ (Königsknappen) gehört und bei diesen aktiv tätig ist. Marcel Lechat war sogar bei den jüngsten Vorfällen tätig, die sich anlässlich der Aufführung des Theaterstückes „Dreyfus“ in Paris abspielten. Um so bedeutsamer scheint uns der nachstehende Brief zu sein, den dieser junge Royalist an zwei Deutsche schrieb. Jeder sollte sich fragen, ob es möglich ist, daß ein SA-Mann in umgekehrter Weise an einen Franzosen schreiben würde. Der Brief lautet:

„Haben Sie eine gute Erinnerung von Frankreich mit heimgenommen und ist es Ihnen gelungen, uns Franzosen, die selbst von Ihren Landsleuten oft falsch beurteilt werden, ein wenig besser zu verstehen?“

Haben Sie bemerkt, daß wir doch nicht ganz dem Bild entsprechen, welches man sich in Deutschland von uns macht? Sicherlich glauben nicht alle Deutsche an die Worte Hugenburgs, Hitlers und Goebbels', aber fest steht, daß man uns nicht bei Euch liebt.

Haben Sie zu Hause erzählt, daß nicht ein einziger Franzose den Krieg will,

daß selbst von den Ultranationalisten der Krieg mit einem ungeheuren Entsetzen angesehen wird und sogar die Camelots du Roi einen solchen unter allen Umständen ablehnen?

Es wird Ihnen merkwürdig erscheinen, in solcher Weise von mir über politische Dinge reden zu hören, aber ich muß Ihnen ganz offen gestehen, daß ich mich fürchte, im Grauen eines Krieges zu verenden und meinen Körper in wenigen Minuten zerfetzen zu lassen.

Mögen doch Deutsche und Franzosen sich besser kennen lernen und endlich aufhören, ihre Differenzen durch ein „Faustrecht“ zu regeln. Das wünsche ich von ganzem Herzen. Michel Lechat, Paris, Student.“

Und wann treten die Arbeitervertreter zurück?

# Wirtschaftsbeirat geplatzt

## Das Kapital kennt keinen Weg mehr aus der Krise!

Die Einberufung des Wirtschaftsbeirates war nicht eine einfache Geste des Reichskanzlers Brüning, sondern der bewußte und planmäßige Versuch dieses stockkonservativen Mannes, die deutsche Bourgeoisrepublik dem italienischen Ständestaat anzugleichen. Keine Regierung kommt ohne sachverständige Berater aus. Auch in den deutschen Ministerien kommen und gehen die Sachverständigen und — was in der Regel dasselbe ist — die Interessenten. Wenn die Reichsregierung den „Wirtschaftsbeirat“ mit der Regie eines Theaterstückes aufgezogen hat — feierliche Vollziehung zur Eröffnung unter Präsidium des Reichspräsidenten, der sonst, wie man weiß, andere Interessen hat — so zeigt dies von Anfang an, daß Brüning im Wirtschaftsbeirat nicht eine Kommission von Sachverständigen sah, sondern ein wesentliches neues Staatsinstrument, ein Organ des konservativ-bürgerlichen Staates, das er an die Stelle des demokratischen, inzwischen von ihm ausgeschalteten, Parlaments setzen will.

Der Wirtschaftsbeirat hatte nach dem Willen seines Schöpfers die Aufgabe, ein „Wirtschaftsprogramm“ für den kommenden Winter zu schaffen. Man erinnert sich, daß vergangene Ostern die sogenannte „Brauns-Kommission“ daran gescheitert war, daß das Regierungsprogramm Brünings: Senkung der Produktionskosten durch Senkung der Löhne bei gleichzeitiger Senkung der Preise an dem Widerstand der Kartelle und Unternehmerorganisationen gescheitert ist. Der Wirtschaftsbeirat hat das Ei des Kolumbus nicht gefunden, wie diese „Gleichzeitigkeit“ erreichbar gemacht werden könnte. So ist es bei der Produktionskostensenkung durch Lohnabbau geblieben, so ist infolgedessen auch mit der Kaufkraftschumpfung die Produktionschumpfung, also die Verschärfung der Krise bewirkt worden. Und während mit dem Stranden des deutschen Wirtschaftsschiffes auch die Staatsfinanzen versackten, tagte hinter verschlossenen Türen der Wirtschaftsbeirat.

Von den Beratungen des Wirtschaftsbeirates hat man eigentlich mit Bestimmtheit nur den Gedanken der „Zinskonzession“ vernommen, ein sinnvoller Gedanke insofern, als durch die Zinsentlastung der Produktion eine Ankerbelagerung der Produktion zu erwarten wäre — wenn nicht gleichzeitig damit das ganz kapitalistische Kreditssystem binnenwirtschaftlich wie gegenüber dem Auslande über den Haufen gerannt würde. Der Plan mußte zu den Akten gelegt werden, und es blieb wie immer eine Rettungsaktion für den ostelbischen Grundbesitz auf Reichskosten.

Die Beratungen mußten unterbrochen werden. Die Reichsregierung, die von ihrem Beirat „Richtlinien“ erwartete, war gezwungen, dem Beirat solche Richtlinien vorzulegen in der allerletzten Hoffnung, eine Zustimmung der Sachverständigen für diese Richtlinien zu erhalten, um endlich vor die Öffentlichkeit nicht nur mit der brüchigen Autorität dieser Regierung, sondern mit der Autorität der Sachverständigen zu treten und das ganze Volk auf deren Beschlüsse zu einer Volksgemeinschaft zu vereinigen.

Aber auch diese letzte Seifenblase Brüning'scher Hoffnungen ist zerplatzt. Bei Wiederzusammentritt des Wirtschaftsbeirates nach dem Bußtag haben zunächst die drei Vertreter der Landwirtschaft ihren Austritt erklärt. Die drei landwirtschaftlichen Mitglieder des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, Präsident Dr. Brandes, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Rittergutsbesitzer von Oppen-Dannenwalde, der Präsident der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer und Dr. Holtmaier von der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine haben seit Donnerstag an den Sitzungen des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung nicht mehr teilgenommen. Sie haben in einem Schreiben an den Reichskanzler diesen Schritt eingehend damit begründet, daß die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates sich in Einzelheiten und Kleinigkeiten verlieren, ohne daß bisher an die Ausgestaltung eines einheitlichen und erfolgversprechenden Programms herangegangen wäre.

Die Landwirtschaftsvertreter erheben den Vorwurf, daß die Regierung an Stelle eines Gesamtprogramms, das auch zur Sanierung der gesamten Landwirtschaft, insbesondere der kleinfärerlichen Veredelungswirtschaft beitragen könnte, wieder nur die berüchtigte „Osthilfe“ (die praktische Großgrundbesitzerhilfe ist) in Angriff genommen hat.

Dieser Vorwurf trifft gewiß nicht Brüning selbst, er trifft den Wirtschaftsbeirat, der ein solches Programm nicht zu schaffen verstand. Ist aber ein solches Programm möglich?

Das ist die Kernfrage, die auch die Lebensfrage des ganzen Wirtschaftsbeirates als Organ einer klassenneutralen Staatspolitik ist. Es ist nicht möglich, weil in Deutschland die Politik der „dritten Klasse“ nicht möglich ist.

Italien ist — bei allem industriellen Fortschritt — ein Agrarland, das verhältnismäßig wenig von der Weltmarktlage abhängig ist.

Die italienische Wirtschaft hat infolgedessen eine viel größere Elastizität als die deutsche, die in allen ihren Gliedern heute gleichzeitig von der schwersten Krise erfaßt und geschüttelt wird. Das deutsche Industriekapital hat keine Volks- und Klassenschichten zur Verfügung, deren Mehrwert ihm — unabhängig von der kapitalistischen Konjunktur — zufließt. Das deutsche Kapital hat keinen inneren Markt, der konjunkturunempfindlich ist; der Binnenmarkt ist die Kaufkraft der Arbeiterklasse. Jede Entscheidung gegen diese ist daher schon eine Entscheidung, die auf das Kapital unmittelbar zurückschlägt. Und der Staat kann sich nicht auf eine „dritte Klasse“ stützen, muß sich also zwischen den beiden tragenden Klassen: Kapital und Arbeit entscheiden. Der Faschismus in Deutschland kann daher von Beginn an nur

gegen die Arbeiterklasse gerichtet sein, ohne daß er in der Lage wäre, sich sozial zu drapieren und sozialrevolutionär anzusetzen.

Das ist die innere Schwäche des deutschen Nationalsozialismus, die nur verdeckt wurde durch die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, dem Nationalsozialismus als proletarische Bewegung gegenüberzutreten. Das ist schließlich auch die Ursache der Brüchigkeit des sozialen Konservatismus, den Brüning erträumt und den er mit seinem ersten Versuch, mit dem Versuch des „Wirtschaftsbeirates“ bereits begraben muß.

In Deutschland kann der Faschismus als organisierte Gewalt zur Regierung kommen. Faschistisch kann Deutschland niemals werden, weil es, um leben zu können, bereits sozialistisch werden muß.

## Erwerbslosen-Siedlung

Die Regierung will für die Ansiedlung von 20 000 Erwerbslosen 50 Millionen Mark zur Verfügung stellen, und die Großstädte sind bereit, das nötige Land zu diesen Zweck abzutreten. Gedacht ist, Land, das an der Peripherie der Städte liegt für eine geringe Pacht an Erwerbslose zu verteilen, um so das Heer der Unbeschäftigten zu verringern. Der Siedler soll für das erste Jahr seine Erwerbslosen-Unterstützung weiter erhalten, von da ab kann der Siedler „auf eigenen Füßen stehen“.

Die ungeheure Krise des Kapitalismus veranlaßt natürlich manche Leute zum Nachdenken, und obwohl diese „Stützen des Systems“ an das Aufkommen des Patienten Kapitalismus selbst nicht mehr glauben und sie ganz genau wissen, daß es keinen Weg mehr gibt, um dieses System auf die Dauer zu erhalten. Schon der Gedanke an die für sie ungewisse Zukunft, läßt sie dauernd Ideen gebären, die, wenn man sie genauer betrachtet, keine sind. Es sind kleine Pflasterchen an dem sich verblutenden Greis!

Für diese Siedlungs-„Idee“ reisen eine Menge Leute herum zur Stimmungsmache. In großen Sälen werden darüber große Reden gehalten, und die — — — fallen darauf herein. Junge Erwerbslose werden von ihren Eltern gedrängt, ja diese große Chance nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen. Sie sehen ihre Söhne als „Haus- und Plantagenbesitzer“ mit der goldenen Freiheit und einem (endlich!) auskömmlichen Leben! Unentschiedene Zeitungen geben noch ihren Senf dazu, und es werden überall „nette Abhandlungen“ verzapft, von „dem Mann, der seinen Kohl selber baut“. Es finden sich sogar Siedler, die von ihren großen Erfolgen berichten. In einem Frankfurter Blatt brüllt einer seine Erfolge im Telegrammstil:

„... Ich habe das Grundstück jetzt im dritten Jahr. Es war Brachland, deshalb das erste Jahr pachtfrei. Später 26 Mark pro Jahr. Geld hatte ich überhaupt keins (!). Nur einen alten Spaten von den Großeltern im Keller. So habe ich angefangen. Raucherkonsum verringert und das Geld gespart, im Frühjahr allerhand dafür gekauft. (Er muß feste geplozt haben!) Das erste Jahr war der Ertrag natürlich nicht nennenswert. Im zweiten den Dung von der Straße geholt. Gelegentlich die Weide einer Schafherde inspiert. Den Samen zeitig mit anderen zusammen gekauft, ein großes Quantum, bedeutend billiger. Bei Regen Pflanzen gesetzt, weil ich zum Gießen kein Kanne hatte. Die Ernte war gut, die Obstbäume zum Brechen voll.“ (Auf einmal sind es gar nicht die Rüben und die Pflanzen, die die „zufriedenstellende Ernte“ ausmachen.)

Ist bei einem der naive Glaube geweckt und er selber Siedler, dann gehts ihm wie den Stützen des Kapitalismus, die an ihren Kränzen selbst nicht mehr glauben, aber gezwungen sind, nach dem A auch B zu sagen. Die Objektivität ist futsch sobald man hereinfallen ist.

Nehmen wir einmal an, das Brachland kostet im ersten Jahr gar nichts, das ist, wenn man mittellos ist, teuer genug. Der Spaten vom ollen Opapa, und hinaus ins ländliche Leben, nebenbei noch „Raucherkonsum verringert“. „Die Ableger von Freunden erhalten, und immer dann hat es schon geregnet, wenn ich Pflanzen setzen wollte“. Den Samen mit anderen gekauft — — — und alles, alles eingesparrt, „obwohl ich überhaupt kein Geld hatte!“ Und, sich an, es steigt sich heraus, daß der Mann „seinen Kohl“ selber glaubt! Es stellt sich aber vor allem heraus, daß das Obst das Defizit der Plantage vermieden hat!

Will einer von seinem Stück Land leben und sich einigermaßen über Wasser halten, so muß er zum mindesten folgendes herauswirtschaften können: Wöchentlich 20 Mark zum Leben und für sonstige kleinere Ausgaben. 20 mal 52 ist 1040 Mark, dazu kommen noch Ersparnisse, die unbedingt gemacht werden müssen, damit man Pflanzen, die man nicht selber ziehen kann, damit man immer mehr Geräte und vieles noch anschaffen kann.

Schuhe und Kleidung verschlingen eine Menge Geld. Hat er noch dazu nicht die rechte Erfahrung und auch nicht immer den fachmännischen Berater dabei, wird nicht selten etwas daneben geraten! Regnet es in einem Jahr zu viel oder zu wenig, fällt der Siedler (vielleicht noch mit Familie) dem Staat zur Last.

Gartenbaubetriebe, die eine jahrelange Praxis, und Kleinbauern, die etwas Vieh haben (Hühner, eine Ziege usw. oder gar zwei Kühe) können zur Not sich noch über Wasser halten. Aber so ein reiner „Kohlbetrieb“ kann sich auf Jahre hinaus nicht so entwickeln, daß eine kleine Familie davon leben kann.

Veranlaßt die Krise des Kapitalismus manche Leute dazu, nachzudenken, aber statt weiterzudenken, denken sie (solange es eine Idee scheint) immer an dasselbe. Siedlung, Siedlung und noch einmal Siedlung ist der letzte Modeschrei! Was ist damit gedient, wenn 2000 junge Menschen „von der Straße aufs Land fliegen“? 50 Millionen Mark sollen verpufft werden, an einem Objekt, das ein sehr kostspieliges Experiment wird. 50 Millionen Mark werden vom Staat zur Verfügung gestellt, viele Millionen werden noch folgen müssen, und zu guter Letzt sind die Siedler genau so wie vorher Unterstützungsempfänger. Kein Siedler hat die Aussicht,

## Von der Lügenfront

### „Ganze achttausend“

Die SPD ist mit Recht darüber besorgt, daß die SAP nach wenigen Wochen des Bestehens schon ein Mandat in Hessen errungen hat. Um den SPD-Mitgliedern den wahren Tatbestand und seine Bedeutung zu verbergen, wird der SAP-Erfolg in denkbar plumper Weise verkleinert. „Die Tatsache, daß bei den Hessen-Wahlen die neugegründete SAP nur ganze 8000 Wähler musterte gegenüber 168 000 der Sozialdemokratie und rund 300 000 der gesamten marxistischen Front überhaupt, ist der beste Beweis dafür, wie stark die Tendenz des Zusammenhaltens der Arbeiterschaft angesichts der faschistischen Gefahr geworden ist“, erzählt Carl Böchel in der „Chemnitzer Volksstimme“.

Er kann auch seinen Mitgliedern nicht sagen, daß „angesichts der faschistischen Gefahr“ die Tendenz der Flucht der Massen aus der SPD so groß geworden ist, daß seit den Katastrophenwahlen vom 14. September abermals ein Fünftel abgewandert ist.

„Ganze 8000 Wähler.“ Böchel weiß als Organisationsleiter recht gut, was es bedeutet, innerhalb weniger Wochen ohne Apparat, ohne Presse und ohne Geld 8000 Menschen, die durch die SPD-Politik enttäuscht und verzweifelt sind, für eine neue Partei zu gewinnen. Und er weiß auch, wie gering demgegenüber die Zahl von 168 000 für eine seit Jahrzehnten bestehende Partei mit einem gut finanzierten Apparat ist.

Im übrigen las man's „vor Tische anders“ in der Volksstimme. Am 12. weisagte Gerhart Seger in einem Leitartikel, die SAP werde kein Mandat erringen und ihre Stimmen würden lediglich der KPD zugute kommen.

Man sieht: Böchel kann so — aber auch anders.

### Nach der Straßenbahn auch noch das Dampfschiff

Die Sozialdemokraten überanstrengen ihre Phantasie, um durch schöne Gleichnisse nachzuweisen, wie richtig ihre und wie falsch die Politik der SAP ist. Was dabei herauskommt, ist mehr als dürftig. Engelbert Graf hatte es mit der Straßenbahn und ist in der „SAZ“ von Max Seydewitz glänzend ad absurdum geführt worden. Und nun kommt noch Carlo Mierendorff — auch ein „Linker“ — und behauptet, wir hätten vor einem Jahr mit den andern das große Parteschiff bestiegen und uns nun auf hoher See plötzlich ausgebootet, weil „angesichts des immer stärker wachsen-

neben seiner Arbeit auf seinem Anwesen noch andere Arbeit leisten und überhaupt erhalten zu können! Heute wird der junge Siedler vom Staat unterstützt, doch sind einmal zwei, drei Jahre herum, dann wird kein Hahn mehr nach ihm krähen. Ist er dann gezwungen, irgendeine zuständige Stelle um Unterstüttung anzugehen, wird man ihn immer zurückweisen mit der Begründung, er habe sein Anteil erhalten und man habe „ausgerechnet“, daß eine kleine Familie glatt von diesem Stück Land leben könne. Oder wie es in bürgerlichen Zeitungen steht, wenn die Siedlung das nicht einbringt, was man errechnet hat, dann hat es nur der Siedler „nicht richtig angepackt“.

In diesem Moment, wo der Blätterwald der Bourgeoisie diese Siedlungs-„Idee“ in das Hirn der Masse einhämmern will und sich Tausende junge Menschen von dieser falschen Vorstellung leiten lassen, müssen wir mit aller Macht auf den Plan treten und überall, wo es nur irgend geht, die jungen Menschen, diese Klassengenossen von dem wahnstinnigen Gedanken abzubringen, denn der Siedlungsfimmel ist ein verflucht teures Pflasterchen, und junge Proletarier sind auf dem besten Wege, sich dafür zu opfern!

Aber es gibt bestimmt einen besseren Weg, der nicht soviel menschliche Opfer erfordert, weil sich diese Menschen nicht umstellen brauchen, weil man ungeheure Kosten einsparen kann. Wir denken an folgendes:

Könnte man nicht mit den 50 Millionen Mark mittleren Bauern helfen und ihre Söhne zurückpfeifen aus der Stadt, die ihnen keine Arbeit mehr geben kann. Hier brauchten nicht neue Häuser und Anlagen gebaut werden, und kein Mensch braucht sich so furchtbar umzustellen, denn die jungen Bauern werden viel eher Bauern, wie junge Städter gute Siedler! Aber die jungen Bauern haben gar keine Lust, zurückzugehen, und nicht zuletzt wissen sie, daß der mittlere Bauer auf sich selber angewiesen, daß nur die Großagrarien Subventionen erhalten, um mit ihrem eigenen Geld im Ausland zu spekulieren! Doch wenn man ernstlich will, gibt es Mittel und Wege, um diese jungen Bauern dazu zu bewegen, wieder Freude an ihrer angeborenen Arbeit zu haben. Versteht der Staat es, mit diesen Menschen umzugehen, dann wird eine ganze Menge zurückgehen, sicher aber mehr als 20 000. O. K.

den Sturms die Gefahr allzu groß wurde, das Ziel der Reise nicht zu erreichen.“ So zu lesen im Novemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“.

Ach Carlo! Hast du uns nicht vor einem Jahr versichert, daß du, wie wir, das Schiff bestiegen hast — um seinen Kurs zu ändern?! Hast du nicht in einer Parteiversammlung in Darmstadt erzählt, du wolltest das Schiff wieder flott machen, das hoffnungslos festgefahren ist? Hast du deinen sehr richtigen Ausspruch vergessen: Der Nationalsozialismus ist eine Bewegung, die Sozialdemokratie aber ein Zustand? Und unser Verbrechen? Daß wir ein anderes, besseres Fahrzeug bestiegen, weil „angesichts des immer stärker wachsenden Sturms“ die Gefahr besteht, daß das Schiff zerschellt! Nur eine Kleinigkeit hat der gute Carlo vergessen: daß wir nicht allein und nicht unsertwegen aus dem Schiff ausgestiegen sind, sondern alle die mitzunehmen trachten, deren Schicksal uns wichtiger ist als ein ziellos auf den Wogen umhergetriebenes Schiff; nämlich

die gesamte Arbeiterschaft, die in Gefahr ist zu versinken.

Oder ist es vielleicht richtiger, das Schiff zu retten und die Besatzung untergehen zu lassen? Wenn das Haus brennt, denkt man wohl kaum zuerst an die steinernen Mauern, sondern an die lebendigen Menschen.

Und was hat Mierendorff sonst zu melden? Daß es ein Widerspruch sei, wenn die Gegner der Tolerierung (der Regierung Brüning) zugleich leidenschaftliche Verfechter der Toleranz (innerhalb der eigenen Partei) sind. Welch armseliges Spiel mit Worten! Sollte dem armen Mierendorff der kleine Unterschied zwischen der Toleranz gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse und den eigenen Genossen wirklich noch nicht aufgegangen sein?

Und das dritte Argument reiht sich würdig an die beiden ersten an: Die Opposition in der SPD habe weder in der Innen- noch in der Außenpolitik eine eigene Linie aufgezeigt. Nun, Mierendorff zählt sich ja selbst zur Opposition! Er sollte nur ein einziges Mal, statt fünf Seiten in den Monatsheften zu schreiben, beweisen, daß es möglich ist, innerhalb der SPD mit einer eigenen Politik durchzudringen oder auch nur das geneigte Ohr der hohen Instanzen zu finden. Wie radikal konnte er noch nach dem Leipziger Parteitag über den Gesinnungsterror des Apparats schimpfen.

Ja, damals. Lang ist's her! Armer Carlo...

# Lokalblatt der SAZ

## Berlin, Brandenburg, Grenzmark

### Höhepunkt im Sklarek-Prozeß

## SPD-Schünning am Pranger

### Er bleibt unvereidigt — Dringender Verdacht der Mittäterschaft

Zur allgemeinen Überraschung wurde am Freitag im Sklarek-Prozeß nicht der Bürgermeister Scholtz, sondern der Stadtrat Schünning vernommen. Schünning war in der Zeit vom Juli 1928 bis Juli 1928 Aufsichtsrat der KVG und stellvertretender Vorsitzender der BAG. Seine persönlichen Beziehungen zu allen drei Sklareks stammen aus der Zeit seiner Aufsichtsratsstellung und der geschäftlichen Beziehungen zu Sklareks. Schünning hielt die BAG für eine überspannte kommunale Einrichtung, die zu groß gewesen sei. Kieburg wollte ein behördliches Warenhaus für Länder und Reich mit Filialen errichten.

Der Vorsitzende hält Schünning die sinnlosen Deckenkäufe der BAG vor, die nur ein Teil eines Millionenauftrages sein sollten, der erteilt worden sei, weil Sklareks ein Defizit von Kieburg übernommen hatten.

Auch Schünning gibt das Spendensystem BÖB zu. Im Auftrage von BÖB hat er ein Schreiben an die Lieferanten verfaßt. Er gibt auch die Äußerung zu:

„Die Schnorrerei hängt mir zum Halse heraus.“

Die Spenden wurden in die Lieferungen einkalkuliert.

Willy Sklarek: Haben Sie von Kieburg erklärt: Es ist traurig, daß sich an diesen Kerl keiner „rantraut“?

Schünning: Es kann sein.

Leo Sklarek: Können Sie sich auf ein Gespräch erinnern, bei welchem außer Ihnen Max Sklarek, Kieburg und ich teilgenommen haben? Haben Sie in diesem Gespräch gesagt:

Mein Direktor hat ein Loch von 40 000 M., das nicht an die Öffentlichkeit kommen darf! Das ist der Zusammenhang mit dem Deckenauftrag.

Schünning will ausweichend antworten, aber die Angeklagten Sklarek und ihre Verteidiger haben sich erhoben und treiben ihn mit ihren Fragen in die Enge.

Leo Sklarek: Haben Sie zu Ihrem Fraktionskollegen geäußert: Die drei Frankfurter sind aber ordentlich eingeseift worden?

Schünning stottert: Es ist möglich...

Leo Sklarek: Ich habe Sie aus den Klauen Kieburgs befreit. Denken Sie daran, daß Sie einen glatten Meineid leisten würden, wenn Sie sagen, ich hätte die Unwahrheit gesagt. Denken Sie an meine Frau und meine Kinder, Herr Schünning!

Leo (fortfahrend): Sie haben gesagt: Uebernehmen Sie das Loch, Herr Sklarek, Sie bekommen einen Deckenauftrag. (Ungeheure Erregung im Saal.)

Vors.: Ich gebe Ihnen gern fünf Minuten Bedenkzeit, sich zu sammeln. Aber Sie müssen dann eine klare Antwort geben. Leo Sklarek hat sehr deutlich gesprochen.

Schünning (nach längerer Pause, stockend): Ich kann mich nicht entsinnen.

Vors.: Nein, das geht so nicht, Sie müssen sich erinnern.

Leo, aufspringend, schreit: Seien Sie doch ein Mann, sagen Sie doch endlich die Wahrheit, Herr Schünning. — Leo haut in höchster Erregung auf den Tisch und schreit: Sie kommen auch noch dran, Herr Schünning!

Rechtsanw. Julius Meyer: Sie dürfen zur Ja oder Nein sagen oder die Antwort verweigern.

Staatsanw. Sie dürfen sich nicht einschüchtern lassen, Herr Zeuge.

Vors.: Wenn Sie sich einer strafbaren Handlung beschuldigen müßten, können Sie die Aussage verweigern.

Schünning: Wenn mir die Frage in dieser präzisen Form gestellt wird, muß ich die Aussage verweigern. (Ungeheure Erregung.)

Vors.: Wenn Ihnen die Form der Frage

nicht gefällt, dürfen Sie die Aussage nicht verweigern. Ist das richtig, wie es Leo Sklarek sagt?

Schünning nach langer Pause: Die Behauptung Sklareks kann richtig sein. (Ungeheure Erregung im ganzen Saal. Die Pressevertreter stürmen aus Telephon.) Schünning muß dann noch zugeben,

10 000 Mark Provision für Vermittlung einer Straßenbahnauftrages erhalten zu haben.

Damit ist der Prozeß an einen

neuen Wendepunkt gelangt. Schünning bleibt wegen der Verdacht der Mittäterschaft unvereidigt.

Durch die Vernehmung des Obermagistratsrats Schindler werden die Behauptungen Sklareks und der Verdacht gegen Schünning noch erhärtet.

Nachmittags kam es bei der Vernehmung des Stadtkämmerers Dr. Lange und des Bürgermeisters Dr. Zietzen zu neuen heftigen Zusammenstößen.

## Ein Streit um Lohmann

### Von der Aera BÖB zur Aera Sahn

Nach den allgemeinen Reden der Fraktionsvertreter begann in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Einzeldebatte über das Abbauprogramm des Magistrats. Zur Einleitung fühlte sich der sozialdemokratische Fraktionsführer Flatau verpflichtet, für seinen Parteigenossen, den Leiter der Presseabteilung der Stadt Berlin, Dr. Lohmann, eine Lanze zu brechen. Er zitierte aus nationalsozialistischen Zeitungen Gedichte und andere Aussprüche, um zu zeigen, daß dort die geschulten Fachjournalisten nicht sitzen, die in einem Antrag der Nazis für das Presseamt gefordert werden. Dieser Nachweis war nicht schwer zu erbringen; aber damit sind die Angriffe auf die Unzulänglichkeit des städtischen Nachrichtendienstes nicht erledigt. Wir werden gelegentlich darauf zurückkommen, wie das Presseamt durch die bei ihm beliebte Veruschungs- und Dementiermethoden direkt und indirekt die Korruption in der Berliner Stadtverwaltung gefördert hat. Wir brauchen nur an die Sklarek-, BÖB- und Weyl-Skandale zu erinnern. Es konnte in diesem Zusammenhang auch nicht ausbleiben, daß in der Debatte darauf hingewiesen wurde, wie der ehemalige Oberlehrer Lohmann während des Krieges byzantinische Gedichte schlimmster Sorte gemacht hat, die eine Verherrlichung des Krieges und des Kaisers enthielten. Er ist dann 1918 Sozialdemokrat geworden und wie so viele Novembersozialisten die Treppe hinaufgefallen. Seine Tatkraft im Nachrichtendienst der Stadt Berlin hat keine Beweise dagegen erbracht,

daß es für ihn die höchste Zeit wäre, auch wieder einmal hinunter befördert zu werden.

Der Kommunist Schill kritisierte die Einsparungen beim Bauprogramm und verwies auf ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der kommunistischen Fraktion, das nach dem, was man davon hörte, mehr agitatorischen Charakter hat. Auch die Einsparungen im Schulwesen wurden scharf kritisiert, wobei allerdings die ganze Kritik unter dem beherrschenden Eindruck steht, daß sie praktisch bedeutungslos ist.

Denn der Herr Oberbürgermeister Sahn und sein Magistrat sparen dort, wo es ihnen gefällt, und das ist bei den ärmsten Schichten der Bevölkerung. Etwaige Reserven städtischer Betriebe zur Deckung des Defizits heranzuziehen, wie es selbst vom Zentrum verlangt wurde, lehnen sie kategorisch ab. Gestützt auf die Severingsche Diktaturverordnung schlagen sie die letzten Reste der Demokratie in Scherben und richten die Herrschaft der muffigsten und volksfeindlichsten Kommunalbürokratie auf, die man jemals gesehen hat.

Wie diese Kommunalbürokratie beschaffen ist, zeigt mit genügender Deutlichkeit der Sklarek-Prozeß. Die Aera Sahn bedeutet keinen Kurswechsel gegenüber der Aera BÖB in Berlin, sondern sie ist die geradlinige Fortsetzung eines Systems, in dem man sich oben bereichert auf Kosten der ärmsten Bevölkerungsschichten.

Darüber allerdings hat Herr Flatau nicht gesprochen! F.R.

## Ein Veteran der Medizin

### Nützliche Vampire — Der Blutersauger in der Weinstube

„Geben Sie mir heute drei Stück, bei diesem Wetter habe ich wieder große Beschwerden. Das letztemal wollte er nicht anbeißen!“

„Ich werde Ihnen heute einen ganz starken aussuchen, der beißt sofort an!“

Erstaunt blicke ich von meiner Zeitung auf, hinter der vergraben ich in einer der niedrigen, anheimelnden Weinstuben Alt-Berlins sitze. Der Keller ist verschwunden und kommt nach einigen Minuten mit einem zudeckten Glasgefäß zurück, auf dessen Boden sich einige olivengrüne, langgestreckte Würmer ringeln. Blutegel!

Ich erfahre zu meinem Erstaunen, daß ich mich in der einzigen noch bestehenden Blutegelhandlung Berlins befindet. Vor fast hundert Jahren, 1832, eröffnete ein Herr Donner in der Stralauer Straße einen Verkauf von Blutegeln, die er aus Ungarn importierte. Die Inhaberin der Weinstube, eine Nachkommn Donners, führt neben dem nahrhaften auch das blutsaugende Geschäft weiter, womit ich natürlich nur den Verkauf der Blutegel meine. Nicht nur aus Tradition, werden doch täglich an hundert Stück verkauft.

In einigen Jahren werden die kleinen Vampire ein seltenes Jubiläum feiern können, werden es doch dann 2000 Jahre seit ihrer Einführung in die Literatur sein. Im Jahre 63 vor Christus hat als erster ein griechischer Arzt ihre Bedeutung für die Heilkunde hervorgehoben. Im ganzen Mittelalter und bis tief in die Neuzeit hinein spielten die Blutegel die Rolle eines Allheilmittels, werden sie doch von Quacksalbern und hochgelahrten Medici immer wieder verwendet, mag es sich um Lungenentzündung, Hühneraugen, Leberleiden, oder Kurzsichtigkeit handeln. Stets ist „giftiges“ Blut schuld, also schnell Blutegel her und eine kleine Abzunft vorgenommen. Ein Blutegelbuch vom Jahre 950 empfiehlt die Tierchen auch bei Wahnsinn und Verdauungsbeschwerden, auch um Haare schwarz zu färben, sollen sich Egel, die man in schwarzem Wein verfaulen läßt, gut eignen.

Um 1830 erfreuten sich die kleinen Vampire ihres größten Ansehens, wurden doch in

Paris allein alljährlich neun Millionen Stück verbraucht, welche die ansehnliche Menge von 85 000 Kilogramm Blut konsumierten.

Wo bekam man die Egel für diesen ungeheuren Verbrauch? Die meisten der in der Welt verwendeten kamen aus Ungarn und Deutschland und gingen über Hamburg und Stettin, wo der Blutegelexport eine nicht unwichtige Rolle spielte, nach Frankreich, England und Amerika. Von Hamburg zogen in früheren Jahrhunderten auch die Händler zum Einkauf der Egel aus, vornehmlich in die Provinz Posen, wo Blutegel in den sumpfigen Mooren vielfach vorkamen. Als die Ausbeute dort nicht mehr reichte, zogen die Egelhändler immer weiter nach Osten, und schließlich drang jeden Sommer eine Expedition bis nach Kiew und Charkow vor, die im Herbst mit der klebrigen Last von 500 000 Blutegeln zurückkehrte.

Das Einfangen der Egel war höchst einfach. Die Bauernmädchen schürzten ihre Kleider bis zum Knie und wateten in den Tümpel. Die Blutegel saugen sich schnell an der willkommenen Beute an, werden aber zu ihrer Enttäuschung gleich gepackt und mit anderen Leidensgefährten in einen Leinenbeutel gesteckt. Der Rücktransport war gar nicht so einfach, mußten doch die Egel täglich mit frischem Wasser und Blut versorgt werden.

Als Rußland die Ausfuhr der Egel verbot, holte man sich dieselben aus den Züchtereien Ungarns und Deutschlands, wo sich unter anderen bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts eine große Zuchtanstalt in Moritzburg bei Dresden befand, die die deutschen Apotheken mit Egeln belieferte. Vielfach wurden die Egel auch auf dem Lande wild gefangen. In der Lausitz gab es noch vor 50 Jahren Blutegelfänger, die mit bloßen Beinen in den Tümpeln auf Jagd gingen. Bei dem hieraus entstandenen Rheumatismus haben sich die Tierchen hoffentlich gleich nützlich erwiesen.

Jahrelang wollte die Schulmedizin nichts mehr von Blutegeln wissen, waren doch bei ihrem Gebrauch häufige Infektionen die Folge. Heute werden sie in beschränktem Maße wieder verwendet, so von der chirurgischen



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes. Berlin NW 35, Prenzlauer Allee 21, 3. Hof 1. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat.

Sonnabend, 21. November, 19.30 Uhr:

Spandau, Heim Lindenallee 2 — Wir und die SPD. Mitte-Süd. Fahrt nach Eggersdorf. Treffpunkt 19 Uhr, Lausitzer Platz. Stralau, Friedrich Engels. Treffpunkt um 19 Uhr beim Gen. Baumgardt, Stralauer Allee 34a. Unterbezirk Neukölln, Heim Bergstr. 29, Raum 5. Funktionsversammlung: Unsere politische Arbeit. Ref. Willy Kreßmann.

Mitteilungen der BL. Gewerkschaftsblende, Mittwoch, 25. November. Heim Prenzlauer Allee 34, pünktlich 19 Uhr. Zusammenkunft aller Gewerkschaftsblende. Jede Gruppe muß vertreten sein. Interessierte Genossen sind eingeladen.

EBL-Sitzung, Montag, 23. November, 19 Uhr. Wichtige Besprechung.

Freiwilliges Gemeinde, Sonntag, 11 Uhr Pappelallee 15. Vortrag des Herrn Dr. Hasse vom Herr sein über Leben und Tod. — 16 Uhr Herr C. Wittauer. Die Toten an die Lebenden. — Gäste willkommen.

## Fernsprech-Schnellverkehr mit Kalkberge

Am 20. November ist mittags der Fernsprech-Schnellverkehr zwischen Berlin und Kalkberge (Mark) aufgenommen worden. Von diesem Zeitpunkt an sind Gespräche von Berlin nach Kalkberge nicht mehr beim Fernamt Berlin anzumelden.

## Chauffeur Witte im Harz festgenommen

In Wülfstedt bei Wernigerode im Harz wurde der 28jährige Chauffeur Adolf Witte, der in der Nacht zum 26. September seine frühere Braut, die 21 Jahre alte Elisabeth Rex, im Treppenhause in der Rheinstraße 89 durch zwei Kopfschüsse getötet hatte und seitdem flüchtig war, durch einen Oberlandjäger festgenommen. Witte hatte sich unter dem Namen Witt in der Herberge als obdachlos gemeldet. Als der dort zuständige Oberlandjäger eine Kontrolle der Papiere vornahm, fiel ihm auf, daß an den Papieren Wittes Radierungen vorgenommen worden waren. Ein Vergleich mit den Fahndungspapieren und dem hinter Witte erlassenen Steckbrief, der auch das Bild Wittes enthielt, ergab, daß er der gesuchte Mörder war. Witte legte ein volles Geständnis ab.

Wer sind die Glücklichen? In der Freitag-Ziehung der Klassenlotterie fiel der Gewinn von 100 000 Mark auf das Los Nr. 200 731. Dieses Los wird in der ersten Abteilung in Vierteln in Berlin, in der zweiten Abteilung in Achteln in Bremen gespielt.

Das Berliner Volkstheater bringt am Sonntag, dem 22. November 1931, Paul Raynalds „Grabmal des unbekannteren Soldaten“ mit Tradeburg, Walter Orlow, Rainald Janischek und Maxine Maunstedt in der Inszenierung von Ernst Löwen zur Aufführung. Das Stück geht dann über sämtliche Provinztheater, die vom Berliner Volkstheater ständig bespielt werden.

Klinik der Charité bei Hautüberpflanzungen, bei denen, wie Prof. Nissen berichtet, durch Blutegel Stockungen der Zirkulation vermieden werden. Auch Aerzte und viele Privatpersonen, die sie bei hohem Blutdruck und Beinbeschwerden ansetzen, gehören zu den Kunden der Blutegelbehandlung. Diese bezieht die Tiere aus einer Zucht in Ungarn, von wo die Tiere, in feuchten Torf verpackt, die Reise nach Berlin antreten. Eine Zeitlang besaß auch der Gründer der Firma eine eigene Blutegelzucht in Friedrichsfelde, die jedoch bald wieder verschwand.

So ein junger Egel hat es gar nicht so leicht, bis er für würdig befunden wird, der Wissenschaft zu dienen. Ist er mit vier Jahren erwachsen, dann läßt man ihn ein bis zwei Jahre hungern, worauf er den richtigen Appetit entwickelt und auf den Menschen gesetzt, sofort kräftig zu saugen beginnt. Er trinkt und trinkt, bis er auf das Dreifache seiner ursprünglichen Größe angeschwollen ist. Dann fällt er berauscht ab und kann durch kräftiges Einsalzen wieder zur Abgabe des gemessenen Blutes gebracht werden. Wenn er Glück hat, kann er dann noch gebrüht als Aalköder, oder sein gemahlener Kopf zur Gewinnung des Hirrodins, eines Mittels gegen Blutgerinnung, oder seine Muskeln zum Nachweis von Nikotin und anderen Giften verwendet werden. Keine reine Freude, ein Blutegel zu sein.

So kehrt die Wissenschaft zu alten Mitteln zurück, die man schon lange ins Raritätenkabinett der Medizin verbannt glaubte.

Erco.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willy Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag Sozialistischer Zeitungen, m. b. H., Druck: Georg Köpcke, sämtlich in Berlin O 27, Magasinstr. 15/16.

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magasinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2004.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magasinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2005.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2,40 einschließlich Postgebühr. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,86 Porto.

Inserentenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Vertriebsgebiete.

Alle Zahlungen sind an folgenden Anschrift: „Sozialistische Zeitungen“, m. b. H., Berlin O 27, Magasinstr. 15/16, Postfachkonto Berlin NW 7, Nr. 153 928.

# Feuilleton der SAZ

## Der Konzertbetrieb

Berlin, 20. November 1931

Netzzeit und Sparpolitik legen uns immer wieder die Frage nahe: Was ist kulturell notwendig und was nicht? Wir müssen viel schärfer als bisher unterscheiden zwischen Dingen der Volkskultur und denen, die nur eine kleine besitzende Schicht angehen. Hat der Konzertbetrieb, wie er in den Musiksälen der Reichshauptstadt vor sich geht, überhaupt noch Berechtigung?

Mit Kunst hat der Durchschnitt der Solistenkonzerte herzlich wenig zu schaffen. Ein junger Virtuose, der Konzerteife erlangt hat oder glaubt, sie erlangt zu haben, mietet bei der Konzertdirektion, der Zwischenhandlungsstelle sozusagen, einen Saal und läßt durch sie die nötige Reklame machen. Der Umfang dieser Reklame richtet sich aber nicht etwa, wie harmlose Gemüter denken, nach den künstlerischen Qualitäten des Konzertgebers, sondern ausschließlich nach seiner Kapitalkraft. Die Konzertdirektion bekommt ihren festen Satz und trägt kein Risiko, — das hat einzig und allein der Konzertgeber zu tragen. Dieses Risiko ist ungeheuer, denn alles drängt sich nach Berlin, um auf späteren Konzertreisen mit Berliner Kritiken aufwarten zu können. Der angehende Künstler, der eine lange, teure Ausbildung hinter sich hat, muß auch noch dieses letzte Opfer bringen. An eine Einnahme ist gar nicht zu denken, — auf die können die „Berühmten“ rechnen, die wenigen längst eingeführten und Bewährten. Die Konzertsäle wären gänzlich leer, wenn sie nur von zahlendem Publikum besucht würden. Da muß in großem und immer größerem Ausmaß „wattiert“ werden, d. h. die Konzertdirektionen geben massenweise an Musiklehrer und Studierende Freikarten aus.

Und was ist der Erfolg aller dieser Mühen und Opfer und Aufregungen? Im günstigsten Falle zwei, drei magere Zeilen in einer Sammelkritik. Zu mehr rechts bei diesem Massenangebot nicht. Die Musikkritiker der bürgerlichen Presse sind ja gar nicht in der Lage, sich ein gründliches Urteil zu bilden: sie hetzen an einem Abend in drei verschiedene Veranstaltungen und erschrecken überall nur einen flüchtigen Eindruck. Und die Redakteure stöhnen und haben keinen Platz übrig für Gelegenheiten, die nur einen winzigen Bruchteil ihrer Leser interessieren. So ist eigentlich niemanden mit dieser veralteten Form der Musikpflege gedient, es sei denn der Konzertdirektion, die das Unternehmen kapitalistisch ausbeutet.

Da erscheint etwa ein junger Engländer auf dem Podium namens Hunt, spielt lauter gute Sachen: Brahms, Mozart, Beethoven, dazu einen Modernen, Alban Berg, den Komponisten des „Wozzeck“. Alles brav und fleißig einstudiert — aber geistig nicht verarbeitet: Rohstoff sozusagen. Oder eine Dame, Alexandra Trianti, bereits eine Anerkennung, singt mit einem sehr sympathischen Mezzosopran, von einem meisterhaften Pianisten, Michael Raucheisen, begleitet, einen Zyklus von Brahms: die „Lieder der schönen Magelone“. Musikalisch sicher wertvoll — aber textlich unmöglich. „Traum, Bogen und Pfeil sind gut für den Feind“ und „Ich ziehe zum Streit, zum Raub hinaus“. Für derartige weibliche Passionen haben wir kein Verständnis. Schlimm, daß ein Musiker so etwas komponiert, — schlimmer noch, daß eine Frau so etwas vorträgt. Wie überflüssig ist das alles.

## In Deutschland hungert keiner

Du sagst, in Deutschland hungert keiner; und dein Gesicht ist wohlgenährt. Um deine Lippen bohrt sich hart ein kleiner, grausamer Zug. Die Stirn ist tief und unbeschwert.

Du machst in Caritas. Und dein Gewissen beruhigt sich dabei. Am Wedding hat man einen umgerissen, und Pferdehufe treten ihn zu Brei.

Du denkst sozial. Na schön. Im samtnen Sessel ist das nicht schwer. Tagtäglich stürzen Menschen in den Selbstmordkessel. Und immer mehr, und immer mehr . . .

Du zahlst ja Steuer, Lasten, Unterstützung! Es hungert keiner! — So — was weißt denn du? Von deiner Generaldirektorsitzung geh fort! Und sieh den Kellermenschen zu!

Iß mit an ihrem Tisch! Steh hungrig auf, wie du dich hungrig setztest zu den knappen Broten. Geh vor die Luxusläden, sag dir: Kauf! Und steh davor. Dir ist der Kauf verboten.

Steh vor den Arbeitsämtern. Warte, warte — Steh vor der Stempelstelle, unter Millionen einer! Und dann — schlag dir an deine Brust, an deine harte, niedrige Stirn:

„In Deutschland hungert keiner . . .“  
Melchior Douglas.

Konzerte haben zuweilen auch politische Bedeutung: sie dienen der „Völkerverständigung“. Es gibt Besuche und Gegenbesuche wie bei den Staatsmännern auch bei großen Orchestern. Furtwängler hat mit den Philharmonikern in Paris gespielt, — dafür stellt sich das „Orchestre Symphonique de Paris“ den Berlinern vor. Anschließend diplomatischer Empfang beim französischen Gesandten. Na schön — der musikalische Gewinn jedenfalls ist dürftig. Das Orchester, das namentlich eine ausgezeichnete Bläserbesetzung aufweist, trägt neben zwei interessanten neueren Werken, dem „Menuet“ von Debussy und der „Spanischen Rhapsodie“ von dem noch lebenden Ravel, zwei reichlich verstaubte Stücke vor: die „Phantastische Sinfonie“ von Berlioz, den man den „französischen Beethoven“, und Variationen von César Franck, den man den „französischen Brahms“ genannt hat. Beides sehr zu Unrecht! Das Phrasenhafte in beiden Werken wird durch eine grobschlächtig auf Effekte hinarbeitende Wiedergabe des Dirigenten Monteux stark unterstrichen. Unsere Gabe an Paris war zweifellos besser als das Gegenstück.

Ueber das Schicksal unseres eigenen Philharmonischen Orchesters gehen beunruhigende Gerüchte um. Der Beschluß der Stadtverordneten, ihm das „Sinfonieorchester“ in der Subventionierung vorzuziehen, ist unsinnig. An sich ist ein Orchester weder „sozial“ noch „unsozial“. Es kommt nur darauf an, wie es verwendet wird. Wer hindert die Stadt Berlin daran, die Philharmoniker zu Volkskonzerten mehr als bisher heranzuziehen und sie damit tatsächlich der Volkskultur dienstbar zu machen? Sonderbar: als auf Betreiben des Professors Kestenberg im Kultusministerium vor einigen Jahren die Staatsoper für etwa 20 Millionen verschandelt wurde, waren die SPD-Männer Feuer und Flamme für diese Barbarei. Jetzt, wo es sich darum handelt, die wertvollste musikalische Körperschaft des Reiches zu erhalten, soll ihre Existenz um-

lumpiger 60 000 Mark willen in Frage gestellt werden. Bei den Reichswehrkapellen hat man noch nichts von Abstrichen gehört — offenbar stehen sie dem Herzen der kulturbeflissenen Genossen näher.  
Schubart.

## Plünderer 1918

„Geschützturm A, beide Rohre: Feuer!“  
Dröhnend rast die Salve aus den Panzermäulern. Brüllend schickt der Entfernungsmesser neue Distanzen in den Turm.

„800 Meter, beide Rohre: Feuer!“  
Ein grauenhafter Schlag zerschmettert das Wort in der Hörmuschel, die Panzerkassematte ist eine Wüste aus gelbem Qualm, von Splittern und sprühenden roten Tropfen durchheult. Frische salzige Luft stößt von oben her in die Qualmwolke an der Stelle, an der vor dem Volltreffer der 30,5-Zentimeter-Granate der Panzerturm A gestanden hatte.

Klingeln im Telegraph. „Gefechtsturm A ausgefallen.“

„Achtung, Leck Backbord, Pumpen nur beschränkt aktionsfähig.“  
Funkspruch: „Flaggschiff Seiner Majestät des Kaisers: SMS Blücher scheidet sinkend aus dem Gefechtsverband. 600 Mann Besatzung.“

Das war das eine: der Unterschied zwischen den überlegenen feindlichen Panzern und den gepanzerten Leichenkellern auf SMSchiffen, in denen abgeschlossen und ohne Aussicht auf Rettung des Kaisers Kulis wehrlos hockten.

Küchensettel. Mannschaften:  
Rübenklein, Tunke, Salzfleisch, Kompott.

Küchensettel. Kasino:  
Eiernudeln mit Schinken, Vorgericht: Pilzsuppe, Zwei Tischweine, Kompott: Ananasmelba (Sonntag).

Das war das andere: der Unterschied zwischen Rübenklein und Eiernudeln mit Schinken.

Das haben sie dann endlich satt bekommen, dieses Lauern auf den Tod, hinter unzureichenden Panzern und Geschützen, wehrlos vor an Zahl und Rüstung überlegenen Gegnern. Da warfen sie Geschützverschlüsse ins Meer, demolierten Munitionsaufzüge und als sie als heroische Dekoration des Todesganges der „deutschen Marineehre“ auf die Schlachtbank geführt werden sollten, da setzten sie die roten Flaggen — der November 1918 war da. „Flagge Anna“ stieg über die bankrotte Reichskriegsflagge Seiner Majestät.

Die Unterschiede — die Unterschiede waren zu Faustschlägen geworden, sie forderten die Rache der Unterdrückten.

Der oberste Kriegsherr — mit einmal sehr friedlich — floh. Die Offiziere flohen mit oder kuschelten. Und dann war es jahrelang sehr ruhig und man dankte es den Männern in den Marinejacken, daß sie endlich Schluß gemacht hatten mit Mord und vier Jahren Unterschied.

Aber nun heute! Na, denn man druff! Und jetzt trampeln sie auf ihnen herum, die Reputierlichen und Gutgenährten, die ganze Bande, die damals satt und zu feige war, das Maul aufzutun, ihre Presse schreit sich heiser.

Novembergedenktag. Jubelgeschrei von halbrechts bis ganz rechts. Man kramt in den Erinnerungen nach den wenigen, die „den Novembertaumel nicht mitgemacht“ haben, — lies: die zur Eiernudelpartei gehörten.

Die „Kreuzzeitung“ schändet die Männer, die vier Jahre lang „Seiner Majestät“ schwimmende Särge bevölkert haben. Ein Flottenbericht: „Revolutionsfahrt von SMS Schlesien“.

Darin:

„Auch auf die „Flensburg“ hatte die revolutionäre Bewegung bereits übergegriffen, und Hetzer an Bord taten ein übriges, die Mannschaft zur Gehorsamsverweigerung aufzuwiegeln.“  
Auf der „Schlesien“:

„Der Mannschaft wurde vom Kommandanten die Frage vorgelegt, ob sie unter Umständen bereit wäre, für die Kriegsflagge zu kämpfen und zu sterben. Wer das nicht wollte, mußte das Schiff verlassen. Die Mehrzahl ging darauf — nicht ohne vorher die Schränke von zurückbleibenden Kameraden geplündert zu haben. Von der 700 Mann starken Besatzung blieben an Matrosen ganze 51 Mann, die knappe Hälfte des Unteroffizierkorps, dazu selbstverständlich alle 200 Seekadetten und das gesamte Offizierkorps.“

Ja, das wissen wir schon! Die Seekadetten blieben — und die Herren Offiziere. Die Eiernudelpartei blieb zusammen — warum auch nicht! Die Abziehenden aber, die Rübenpartei:

„nicht ohne vorher noch die Schränke von Kameraden geplündert zu haben . . .“

Noch nach 13 Jahren speit übermenschlicher Haß Dreckfluten gegen diejenigen, deren Verbrechen darin bestand, daß sie sich gegen eine menschenunwürdige Behandlung auflehnten.

Hetzer, Verbrecher, Meuterer und Plünderer . . .

Aber wir vermissen in der „Kreuzzeitung“ heute und immer eine von sittlichem Abscheu tiefende Zusammenstellung jener Gegenstände, die in der ersten Zeit nach Kriegsausbruch von deutschen Offizieren in Belgien und Frankreich geplündert und nach Deutschland an ihre Familien geschickt wurden . . .

## Die in ihre Hände fallen . . .!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Greifenverlag Rudolstadt)

5. Fortsetzung

9.

„Sagen Sie einmal das A b c auf,“ begann Dr. Geyer seinen Unterricht.

„a . . . b . . . c . . . f . . . f . . . l . . . l . . . ich kann's nicht.“

„Soso, also an allem fehlt's. Nun passen Sie einmal auf,“ und Dr. Geyer fing an, dem großen Mädchen das Alphabet beizubringen.

Die Schülerin erwies sich als gelehrt. Als sie fortging, kannte sie wenigstens die Buchstaben, aus denen die deutsche Sprache zusammengesetzt ist.

Der Unterricht wiederholte sich Abend für Abend. Die Fortschritte, die Hedi machte, waren erstaunlich. Es zeigte sich, daß dem Mädchen nichts weiter gefehlt hatte, als eine Erklärung der elementarsten Grundlagen. In ihrer Dorfschule war das Hauptgewicht darauf gelegt worden, daß die Kinder beten lernten. Das andere hatte keine große Rolle gespielt.

„Wie heißen Sie denn mit dem Vornamen, Fräulein?“ fragte Dr. Geyer einmal nach dem Unterricht.

„Hedi.“

„Und wie alt sind Sie?“

„Am 12. März werde ich 21.“

„Erzählen Sie mir doch einmal von Ihrer Familie und von Ihrem Leben.“

„Da gibt's nicht viel zu erzählen. Mein Vater ist tot. Oh, was war mein Vater für ein wunderbarer Mann. Wenn er auf Patrouille gegangen ist als Landgendarm, da hat er mich manchmal mitgenommen. Das waren die schönsten Stunden in meinem Leben. Was hat mein Vater doch alles gewußt. Im Wald, da kannte er sich aus, wie zu Hause. Alle Bäume, alle Blumen hat er mir erklärt. Die Leute haben ihn alle gern gehabt, überall, wo wir als Gendarmen gewesen sind. Er hat die Leute auch nie angezeigt, wenn es sich vermeiden ließ. Nur wenn die Bauern ihre Tiere gequält haben, dann ist er wild geworden. Wegen Tierquälerei hat er viel Anzeigen gemacht, da ist ihm keiner hoch genug bestraft worden.“

„Wie kamen Sie denn nach Weinsburg?“  
„Das war im Krieg. Mein Vater war damals Stationskommandant in Lettstadt. Im Krieg ist er dann von dort weggekommen und ist nach Weinsburg zur Kriminalpolizei versetzt worden. Ich war damals schon aus der Schule.“

„Haben Sie noch Geschwister?“

„Nur eine Schwester, die Gusti. Sie kommt heuer aus der Schule. Die Mutter hat unlängst eine Lehrstelle für sie ausgemacht beim Lang am Markt.“

„Und was haben Sie denn getrieben, wie Sie aus der Schule kamen?“

„Nichts. Damals ging's uns ja noch so gut. Mein Vater hat schön verdient. Auf der Sparkasse war auch eine nette Summe. Mein Vater hat immer gesagt, die Große kommt nicht ins Geschäft, die will ich für mich haben. Und dann, und dann, wie mein Vater schon gestorben war, dann . . .“ Sie wurde auf einmal feuerrot, sie konnte Dr. Geyer nicht mehr ansehen, hilflos und verlegen suchte ihr Blick an der Wand herum, dann schrie sie hinaus.

„Dann, dann bekam ich ein Kind.“

Ihr Köpfchen sank auf die verchränkten Arme.

Dr. Geyer war neben sie getreten. Er fuhr sachte mit der Hand über ihr braunes Haar. „Armes junges Ding, Mutter, außereheliche Mutter. Ich kenne diesen Leidensweg.“

Mit tränenden Augen sah Hedi hilflos zu ihm auf.

Da schloß Dr. Geyer sie in seine Arme. „Hedi, Hedi, arme liebe kleine Hedi.“

10.

Zwischen Hedi und dem Dr. Geyer entstand ein Verhältnis. Die zwei wuchsen immer mehr und mehr zusammen. Die ganze Stadt wußte von dem Verhältnis. Dr. Geyer führte Hedi in seine Freundeskreise ein. Wer den Dr. Geyer kannte, kannte auch seine liebe kleine Hedi. Die Leute munkelten darüber. Wer Hedi persönlich kannte, der liebte sie. Alle Bekannten des Dr. Geyer waren froh, wenn sie mit Hedi, dem lieben lustigen Geschöpf, zusammen sein konnten.

Die Mütter heiratsfähiger Töchter dachten allerdings anders darüber. Der Dr. Geyer ist doch so ein gescheiter Mann, sagten sie, daß der sich an so ein unbedeutendes Mädel hängt.

Milieu . . . Bildungsgrad . . . Vergangenheit waren ihre Stichworte.

Die zwei kümmerten sich herzlich wenig darum. Fast jeden Abend verbrachten sie zusammen. Im Theater, im Kino, im Kaffee, in den Konzerten und öffentlichen Veranstaltungen, immer sah man die zwei Unzertrennlichen zusammen. Daß sie Jahr für Jahr gemeinsam ihre Urlaubsreise machten, war zur Selbstverständlichkeit geworden.

„So eine Niederträchtigkeit,“ sagte Frau Bader zu Hammer. „Jetzt hat die Hedi auch noch eine Stelle. In Samt und Seide läuft sie herum. Das hat sie alles von dem Lumpen, von dem Geyer. Reisen macht sie wie eine große Dame. Ins Theater kommt sie jede Woche. Ich war in meinem ganzen Leben noch nicht drinnen, und das alles soll man mit ansehen. Ich möchte nur wissen, wozu wir eine Polizei haben. Was tut denn die Polizei überhaupt, wenn sie dagegen nicht einschritt.“

„Das Auge des Gesetzes wacht,“ tröstete Hammer, „warten Sie nur, ich krieg' sie schon. Ich warte und ich wache. Ich bin das Auge des Gesetzes, und Ohren habe ich auch. Gerade das mit dem Geyer, das bricht ihr das Genick. Den Kerl hab' ich sowieso auf dem Zug. Wissen Sie noch, ich hab's Ihnen einmal erzählt, wie der Kerl was gefaselt hat von Meineidsverleitung und Zeugen seinflüssung und so. Jetzt hab' ich ihn schon, den blamier' ich bis auf die Knochen und ihr drehe ich einen Strick aus dem Verhältnis mit dem Geyer. So treffe ich zwei Fliegen mit einem Schlag. Nur Geduld, nur abwarten, die Zeit kommt schon.“

Das Abwarten war aber gar nicht nach dem Geschmack der Frau Bader.

(Weitere Artikel folgen.)

# Die Herde sucht . . .

Immer dringender wird für uns das Bedürfnis dicht gedrängt zusammenzustehen im Gesange des Liedes: „Wir treten zum Beten . . .“

(Hugenberg am 19. 11. 1931.)

Die schwarzweiße Kundgebung am Donnerstagabend im Berliner Sportpalast, zu der Hugenbergs Allertreueste das reaktionäre Berlin aufboten hatten, war eine Heerschau alles dessen, was sich an mittelalterlichen und spießbürgerlichen Ueberbleibseln noch in der Reichshauptstadt herumtreibt. Zugegeben, daß es nicht wenig ist. Sicher aber auch, daß es nicht genug ist, auch nur den Anfang zu einer Bismarckade Hugenbergs zu legen.

Denn wenn die Kundgebung im Sportpalast eine Heerschau Hugenbergs war, dann war sie es gründlich. Eine Heerschau ohne Reserven, eine Armee ohne Hinterland. Die 15 000 im Sportpalast waren „das“ nationale Deutschland Hugenbergs und seiner angegliederten potzdämlichen Rudimente — denn auch die waren vertreten, für die Hugenberg gerne Bismarck sein möchte: Prinz Eitel Friedrich u. Co., Delegierte des vorübergehend außer Betrieb gesetzten Herrscherhauses.

## MdR Dr. Laverrenz

hob in seiner Begrüßung die Anwesenheit jener Abgesandten der steilen Höh, wo Fürsten gewöhnlich stehn, gebührend hervor; der Befall aller Lebensmittelhändler samt Angehörigen brandete an den Wänden empor, von sachverständigen Claqueurs der „Kampfgemeinschaft junger Deutschnationaler“ ekstatisch angefeuert. Für den Landbund erschlen Präsident Graf Kalkreuth, den Stahlhelm repräsentierten Major Wagner und Egan-Krieger. Sie waren alle da.

Bismarckjugend, Probeexemplare verschiedener militärischer Organisationen, Fahnenparade als flückerloser Aufmarsch sämtlicher Museumsstücke aus Heeresbeständen. In den einleitenden Worten Laverrenz' noch ein manöverförmiger Ruck an der programmatischen Tarnkappe:

„Wir sind keine Sozialreaktionäre, wir orachten es für unsere Pflicht, jederzeit warm für die wirtschaftlich Schwachen einzutreten.“

Wenn sie es nur für ihre Pflicht ersetzten.

## Hugenberg—Brüning 1 : 0?

Angesichts der militärischen Reklamepromenade vorher war die Einleitung zu Hugenbergs Staatsanwaltsplädoyer taktisch nicht ganz vollendet. „Deutsche Nüchternheit“ ist ein brauchbares Schlagwort, solange es nicht durch auffällige Tatsachen widerlegt wird.

## „Zentrumspolitik und Arbeitslosigkeit“

„Sind Volksversammlungen ein Schaustück mit Eintrittsgeld, Musik und Opernglas? Es mag solche Versammlungen geben. Eine Versammlung wie die heutige ist ein gemeinsames Bekenntnis. Wir sind schweren norddeutschen Geblütes. Prunk läßt uns kalt. Einfaches Nüchternes kommt uns schöner vor. Es handelt sich für uns nicht um eine Volksbelustigung, sondern um eine Stunde der Andacht. Immer dringender wird für uns das Bedürfnis, dicht gedrängt zusammenzustehen im Gesange des Liedes „Wir treten zum Beten.“

Damit begann das Plädoyer Hugenberg gegen die große Konkurrenz des schwarzen Blockes.

„Todesgefahr über Deutschland! Viele Feinde draußen in der Welt und Abtrünnige drinnen im Land möchten das gerechteste Volk vernichten. Wir haben heute Zeugnis abzulegen für den Willen unseres Volkes zum Leben. Wir sind die schlichten Grauröcke des politischen Weltkrieges, die besten, gestähltesten Krieger, die es im Kampfe für das Gute gibt. Unter uns sind tausende Arbeiter, Angestellte, Beamte, Arbeitslose. Gerade zu diesen möchte ich sprechen.“

Ist es wahr, daß Krieg und Weltwirtschaftskrise es sind, die ihnen die Arbeit genommen haben?“

## Tod den Tributern!

Die Propagandareoute der nationalen Front trabt klirrend an.

„Das Schicksal unseres Volkes ist die Politik, nicht die Wirtschaft. Eure Geißel ist der Dawes-Plan und nach ihm der Young-Plan, der eine noch schärfere Geißel sein wird. Die Rettung kann nicht durch Kredite von außen, die Rettung kann nur durch die innere Gesundung Deutschlands kommen, in deren Dienst sich alle ohne Rücksicht auf die Opfer stellen müssen.“

Ah, Geheimrat Hugenberg wird verständlich.

„Wenn die Arbeiter eines Werkes das Werk zugrundegehen lassen um des starren Tarifgrundgesetzes willen, das züchtet Arbeitslose, desgleichen wer die Landwirtschaft verkommen läßt . . .“

Das ist das Kernstück im Programm der Konservativen zur Rettung eines Systems, das als System zugrunde geht — denn nicht die Rettung der deutschen Wirtschaft allein soll so vollzogen werden nach der Methode Hugenberg — auch die anderen kapitalistischen Länder richten mit mehr oder minder gewichtigem Druck die Mahnung an ihr Proletariat —: doch nicht um des starren Tarifgrundgesetzes (sprich: Haltung des Lebensstandards) willen, das „Werk“ zugrundegehen zu lassen . . .

Der bankrotte Industriekapitalismus soll — „desgleichen die Landwirtschaft“, das nicht minder bankrotte Agrarkapital — saniert werden mit dem Hunger der Proletarier, „ohne Rücksicht auf die Opfer“. Volksgemeinschaft Hugenberg —

## Der Krieg um den Knochen

Die Voraussetzung für die Führerrolle eines Hugenberg in der nationalen Front ist die Sammlung aller — aller! — konservativen Mittelschichten, Kampf um die Sympathien aller Demoralisierten, materiell Zerwählten, aller Elemente der wankenden Angestellten-, Beamten-, Bürgerfront, der bedrohten kleinen und mittleren Bourgeoisie. Innen die „Verräterrolle“ des Staates, in dem sie bisher bevorrechtigt, so warm gegessen haben, klar zu machen, muß zum Hauptgrundsatz Hugenbergscher Politik werden.

Und unter diesem Grundsatz segelt die Reklame für seine Person, unter diesem zwingenden Grundsatz fälscht Hugenberg die Geschichte.

Für ihn sind die notwendigen Zerfallerscheinungen einer bankrotten Gesellschaft nur „Zeugen einer unfähigen Zentrumspolitik“ — er spielt eine leere Karte als einen Trumpf signiert auf den Tisch der Geschichte: Aenderung der Politik statt Aenderung des Wirtschaftssystems, — „Politik, nicht Wirtschaft ist unser Schicksal!“

„Man hat mich für meine fortgesetzten Warnungen vor der verfehlten Politik der Illusionen als Sozialreaktionär hingestellt. Ich habe gesagt, daß am Ende dieser Politik die Not stehe, die gerade die Angestellten, Beamten und Pensionäre am härtesten treffen wird. Wendet diese Gefahr ab, indem ihr rechtzeitig den politischen Kurs wechselt!“

Deutschlands handelspolitische Lage kann, zur rechten Zeit ausgespielt, ausgezeichnet sein. Die Weltwirtschaftskrise, richtig gesehen und benützt, kann Deutschlands Rettung werden (!).

Und nun frage ich Sie: wer war der ehrliche Freund und verantwortungsvolle Warner oder der lügnerische Schmeichler?“

„Daß diejenigen Deutschland nicht wieder in Ordnung bringen können, deren politische Kurzsichtigkeit und Willensschwäche es ins Elend geführt hat, ist eine glatte Selbstverständlichkeit. Darum habe ich in Harzburg gesagt: eine neue Welt ist im Aufstieg, wir wollen euch nicht mehr!“

Ist es nicht eine Herausforderung des gesunden Menschenverstandes, wenn sich Dr. Brüning, der dem Zentrum in der schweren Stunde seines hessischen Wahlkampfes belästigen wollte, hinstellt und erklärt, die Not sei deshalb so groß,

weil man sich in den vergangenen Jahren nicht schnell genug entschlossen habe?

Dieses Eingeständnis ist eine Unvorsichtigkeit, die uns Anlaß gibt, Dr. Brüning ein Feigenblatt wegzunehmen, das ihm gut stand!

Dieses Eingeständnis ist nichts als eine Anklage gegen die Politik der eigenen Partei des ersten Kanzlers!“

Und mit vollen Segeln braut die Armada Hugenbergs gegen die Abtrünnigen aus dem

konservativen Lager: Trevisanus, Lambach, Schlange, Schiele, die sich von der Staatspolitik des Zentrums hätten einwickeln lassen, wie das Zentrum heute noch versuche, die Köpfe der nationalen Opposition einzuzwickeln. Aber das Zentrum, „das Zünglein an der Waage“, trägt die Schuld an dem politischen Verlauf der letzten dreizehn Jahre“, das sowohl die Schuld trägt am endgültigen „Ja“ für den Young-Plan und das unter Brüning Heiläugeln mit einem dritten Tributplan, vielleicht sogar mit dem Plan, damit die nationale Opposition auseinanderzuwerfen.

„Während die übrige Welt anfängt, sich vorsichtig zu ducken, weil sie von Deutschland her einen Wirbelwind kommen sieht, schaukelt Deutschland noch nach wie vor unter dem schwarzroten Parteibanner.“

Wie lange noch? Wir, unsere Jugend, verlangen Rettung!

Es fehlt im schwarzroten Banner die Farbe weiß!

Unsere Jugend heischt von uns, daß wir mit ihnen kämpfen sollen. Bringt die Farbe Weiß wieder zu Ehren! Weiß ist die Farbe der Sauberkeit, wir wollen wieder einen sauberen Staat . . .“

Ueberwachende Polizeioffiziere unterbrechen den in unbeabsichtigte Hitze geratenen Geheimrat; das Ansehen des Staates vertritt es anscheinend nicht, als unsauber bezeichnet zu werden.

Stürmische Tumulte der „wie Lanzen heranreifenden Jugend“, Sprechhöre und Geschrei demolieren das Finale der Ansprache Hugenbergs:

„Bringt die Farbe Weiß wieder zu Ehren!“

Das Resümee der großen Rede Hugenbergs läßt sich außenpolitisch wie innenpolitisch wesentlich kürzer ziehen als es Hugenberg selbst in seiner auch nicht eben langen Rede tat:

Kampf der vereinigten Front der Reaktion von Harzburg unter Führung Hugenbergs — (darüber geht der Instanzenstreit, in dem Hitler die wesentlich größeren Chancen hat) — gegen Brüning und seine Parteien, Zentrum und Sozialdemokratie, die trotz aller Mühe die Arbeit den reaktionärsten Anhängern des angestammten Herrscherhauses nicht zur vollen Zufriedenheit leisten können.

Ein Kampf unter einem Programm und mit einem Ziel, das an politischem Verstand und an Erkenntnis des Tatsächlichen unter allem steht, was selbst von nationalsozialistischer Seite produziert werden kann. Und das ist viel.

Vor dem Sportpalast stehen die Zeugen der gegenwärtigen Macht, von der Hugenberg unter stürmischem Beifall sagte, er wolle sie nicht mehr.

Dunkle eiserne Linien der Schupo, in unverrückbarem Kordon den Strom der aufgeputzten Militaristen bändigend. Dagegen kämpfen, Geheimrat Hugenberg?

Nein. Wohl eher mit ihnen und Brüning: gegen die Arbeiterschaft, die sich wehrt gegen die Sanierung des kapitalistischen Systems auf Kosten ihres armseligen hungrigen Daseins . . .

## Das hat mit Justiz nichts mehr zu tun . . .

# Militär herrscht über Zivil

## Der Weltbühnenprozeß in Leipzig vor dem Abschluß

Die Beweisaufnahme im Landesverratsprozeß der „Weltbühne“ ist mit dem Strafantrag des Vertreters der Reichsanwaltschaft, Amtsgerichtsrat Bauer, abgeschlossen worden. Das Schweigegebot, das allen Prozeßbeteiligten bei Androhung einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten den Mund verschließt, läßt eine Mitteilung über das Strafmaß nicht zu. Bei Zurechnung der strafgesetzlichen Drohungen für Vergehen gegen § 92, 1 des Strafgesetzbuchs und des § 1 des Spionagegesetzes ergibt sich von selbst, daß der Strafantrag eine Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr (für die Verletzung der Bestimmungen des Spionagegesetzes) und dazu von mindestens sechs Monaten Festungshaft (wegen des sogenannten „Landesverrats“) fordern mußte. Beide Strafen würden gewohnheitsgemäß in eine Gesamtstrafe von

einem Jahr und drei Monaten für jeden der beiden Angeklagten zusammengezogen werden.

Die Mitteilungen, die aus dem Verlauf der Verhandlungen des vierten Strafsenats durchgedrungen sind, bewegen uns im übrigen nur, unserer Ueberzeugung dahin Ausdruck zu geben, daß der Vorgang, der sich in diesen Tagen vor dem Leipziger Hochgericht abspielt hat, mit dem Begriff „Justiz“ nicht mehr das geringste zu tun hat, daß vielmehr das Reichsgericht sich dazu hergegeben hat, im Interesse der militärischen Allgewalt und Vorrherrschaft über das Zivilvolk in Aktion zu treten.

Der Urteilspruch des Vierten Strafsenats, wie er auch fallen möge, fließt nicht aus dem Recht; er ist vielmehr der Ausfluß nackter Machtpolitik.

## Verfahren gegen Goebbels

Im Deutschen Nationaltheater am Schauerdamm 4a wird zurzeit das Grenzlanddrama „Es brennt an der Grenze“ von Hans Kyser aufgeführt. Vor den Aufführungen in den letzten Tagen haben Goebbels und ein anderer nationalsozialistischer Führer politische Ansprachen an das Publikum gehalten. Da zu diesen politischen Kundgebungen keine Erlaubnis eingeholt worden war, sind sie jetzt verboten worden, und die Staatsanwaltschaft hat gegen Goebbels ein Strafverfahren wegen Abhaltung einer nicht genehmigten politischen Versammlung eingeleitet. Ebenso ist ein Strafverfahren gegen den Generalintendanten des Theaters, Lange, eingeleitet worden, weil er die Kundgebungen gestattet hatte.

## Wie Alfons „abgefunden“ wird

Der Urteilspruch des spanischen Parlaments Das spanische Parlament, die Cortes, hat in einer Nachtsitzung vom Donnerstag auf Freitag das Urteil gegen den Exkönig Alfons gefällt. Alfons wird

des Hochverrats für schuldig erklärt und ihm vorgeworfen, daß er seine Machtbefugnisse unter Zuwiderhandlung gegen die Verfassung des Staates ausgeübt habe. Der Oberste Gerichtshof der Nation erkläre ihn deshalb als außerhalb des Gesetzes stehend. Der frühere König verliert daher alle Ansprüche auf seinen Besitz. Diese gehen in das Eigentum der Republik über. Jeder spanische Bürger kann ihn verhaften, falls er wieder spanischen Boden betreten sollte.

# Stark nur gegen links

## Severings neuste

### Kraftmeierel

TU Berlin, 20. November.

In einer Versammlung in Frankfurt (Oder) hat der preußische Innenminister Severing angekündigt, daß er in den nächsten Tagen die Anweisung geben werde, daß zu Gewalttaten aufreizende Äußerungen in Versammlungen künftig für den Redner ein Redeverbot in Preußen nach sich ziehen sollen. Aus dieser Äußerung ist in der Presse vielfach der Schluß gezogen worden, daß im preußischen Innenministerium eine Verordnung vorbereitet werde, die das Auftreten „politischer Hetzer“ in öffentlichen Versammlungen verhindern solle. Diese Auffassung trifft, wie die Telegraphen-Linien erfährt, nicht zu. Die Polizei hat bereits auf Grund der Notverordnung die Möglichkeit, Versammlungen zu verbieten, für die Redner vorgesehen sind, von denen eine „politische Verhetzung“ zu befürchten ist. Es kann sich also nur darum handeln, daß das Innenministerium der Polizei schärfere Anweisungen gibt und eine „schwarze Liste“ möglicher Redner stellt, denen dann die Polizei das Reden in öffentlichen Versammlungen verbietet.

Severing spielt also wieder einmal den starken Mann. Er wirft sich in die Brust und erklärt, er werde verhindern . . . Wir kennen diese starken Töne aus einem runden Jahrzehnt Severingscher Praxis nur allzu gut. Wir wissen z. B., wie er „gekämpft“ hat gegen die Technische Nothilfe. Erst große Worte — und nachher blieb alles beim alten. Und wenn sich heute die Nazis so aufregen — sie brauchen keine Sorge zu haben. Ihre Versammlungstätigkeit wird nicht unmöglich gemacht werden. Einen halben Rückzieher hat Severing ja gemäß dem Kommentar der oben wiedergegebenen TU-Meldung bereits gemacht. Irgendwelche neuen Maßnahmen sind nicht geplant. Die alten genügen schon . . .

Ja, die alten Maßnahmen, die Notverordnungen reichen vollständig aus, um jedes Wort ernsthafter, dem kapitalistischen System gefährlich werdender Kritik polizeilich unmöglich zu machen. Nur daß eben Severings Kanonen, wenn sie wirklich einmal losgehen, stets nur gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft sich richten. Die wird schon heute von Severings Polizei schikaniert nach Strich und Faden. Auf dem Arm — der kleine Metallarbeiter ungeheuer stark. Und das Ergebnis seiner bombastischen, nach rechts schon wieder halb zurückgenommenen Worte wird auch nur wieder sein, daß schwarze Listen roter Redner aufgestellt werden, daß der Arbeiterklasse die Sammlung zum Kampf gegen den Faschismus polizeilich noch schwerer gemacht wird, als sie politisch so wie so schon ist.

Das gleiche gilt von seiner Drohung, die Selbstschutzorganisationen aufzulösen. An die nationalsozialistischen Bürgerkriegsgarden kommt er ernstlich gar nicht heran. Die finden die Möglichkeit, ihre Existenz kaum getarnt weiter zu führen. Aber den Organisationen, die die Arbeiterklasse sich geschaffen hat zur Abwehr des Faschismus, kann die Polizei auf diese Weise natürlich einen großen Teil ihrer Wirkungsmöglichkeit nehmen. Wahrhaftig, bessere Hilfe kann sich der Faschismus kaum wünschen als die sozialdemokratische Polizeipolitik!

## Freie Bahn dem faschistischen Terror . . .

Essen, 19. November.

Am Vormittag des BuL- und Bettages wurden auf dem Hafengelände in Essen-Borbeck 17 Arbeiter bei der Abhaltung militärischer Übungen beobachtet und festgenommen. Es handelt sich um Angehörige des kommunistischen Kampfbundes gegen den Faschismus. Gegen alle Festgenommenen ist ein Verfahren eingeleitet. Sie sind wegen Vorbereitung zum Hochverrat dem Richter vorgeführt worden.

Die nationalsozialistischen Bürgerkriegstruppen üben sich zum Arbeitermord landauf, landab. Aber Arbeiter, die sich zum Kampf gegen diese Garden schulen wollen — das sind Hochverräter. Gegen sie wird die Gewalt des Staates eingesetzt, Polizei, Justiz. Und das Preußen Severings marschiert an der Spitze gegen das Proletariat!

## Deutsche Sozialistin — spanische Abgeordnete

Madrid, 19. November.

Die Kammer befaßte sich gestern mit dem Fall der Frau Nelken, die am 4. Oktober bei den Ergänzungswahlen zur Abgeordneten gewählt wurde. Frau Nelken ist eine gebürtige Deutsche und erlangte die spanische Staatsbürgerschaft durch ihre Eheschließung mit einem Spanier. Die Mandatsverifizierungskommission erklärte, es bestünde kein Bedenken, das Mandat der Frau Nelken, die Sozialdemokratin ist, als rechtmäßig anzuerkennen.

Proleten in Haft. Das Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Bluttat in Neumünster am 11. November hat zur Verhaftung von etwa vierzig Kommunisten geführt. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

BIZ-Anleihe für Polen? Wie der regierungsfreundliche „Expresz Poranny“ aus Basel erfahren haben will, soll bei der BIZ für Polen ein Kredit in Höhe von 170 Millionen Zloty (rund 80 Mill. RM.) in Aussicht genommen sein. Das Geld solle ausschließlich für öffentliche Arbeiten verwendet und im Dezember flüssig gemacht werden.

# Sportschau der SAZ

## Was bringt der Fußballsport?

### Berlin-Brandenburg

In Luckenwalde treffen Pankow und Luckenwalde V zusammen. L. V hat gegen Spandau überraschend verloren, Pankow gegen Eintracht-RdF. ein starkes Spiel (1:1) geliefert. Am Tabellenstand ändert der Ausgang des Spieles nichts.

Adler 08 steht nunmehr mit Teltow gleich. Mit 4 Verlustpunkten kämpfen beide Mannschaften am Sonntag um die Führung in Abtlg. B. Adler dürfte auf dem schwierigen Platz in Pankow gewinnen. Auch Teltow wird den Vorteil des eigenen Platzes genügend ausnutzen können!

Die Tabelle in B zeigt folgenden Stand:

Spiele gew.	unent.	verl.	Punkte		
1. Adler 08	7	5	2	10:4	
2. Teltow	4	2	2	4:4	
3. Hertha	12	8	1	3	17:7
4. Luckenw. II	11	5	3	3	13:9
5. Weißensee	10	4	1	5	9:11
6. Eiche-Cöpen.	12	6	1	5	13:11
7. Minerva 28	10	2	2	7	4:16
8. Trebbin	10	2	2	6	6:14

Außer den bereits gestern angezeigten Spielen finden noch statt:

Im 1. Bezirk: Südost 2—Wacker 2, Dt.-Wusterhausen—Lichtenbg. 2, Lichtenberg 1 gegen Minerva 1, Lichtenberg 2—Minerva 2 (12.30), Lichtenbg. Jgd.—Min. Jgd. (11.00).

Der 2. Bezirk hat in Abtlg. A nur das Spiel Hansa 31—Saxonia angesetzt! Hansa wird sich bemühen, ohne Punktverlust Bezirksmeister zu werden. — Zehdenick 2 empfängt den Besuch von Pankows 2. Mannschaft.

Odergruppe: Oderberg I—Wacker-Brunow I, Britz I—Dannenberg I, Britz—ASV. Altglietzer I.

Im 3. Bezirk wird Rathenow-Süd im Rückspiel um die Bezirksmeisterschaft auch auf fremdem Platz die Perleberger schlagen. Ob allerdings das hohe Resultat vom Vorschntag wiederholt wird (6:2), ist fraglich.

Weitere Serienspiele: Havelgruppe: Trachwitz—Kirchmöser; 2. Klasse: Elstal—Staaken, Charlottenburg—Drewitz.

Der 4. Bezirk läßt Schöneberg 3—Friedenau 2 und LTV 2—Trebbin 2 antreten.

Pflichtspiele: Dahme 2—LT. II, 2 (14.15), Jänickendorf—Kl. Zinna.

Jugend: Dahme—LT. II. Im Gesellschaftsspiel treffen sich Woltersdorf und Wilmersdorf mit beiden Mannschaften.

### Gesellschaftsspiele im Breslauer Bezirk

Am Totensonntag werden folgende Spiele ausgetragen:

#### I. Mannschaften:

14.00 Uhr: Sparta—FSB. (Schlachthof); 14.30: Strehlen—Einigkeit (in Strehlen), 14.30: Union—Blau-Weiß (in D.-Lissa); 14.00: Sturm geg. Stern (Maria-Höfchen); 14.30: V.f.B.—Rapid (Oltaschin); 13.30: Falke—1930 (Neukirch); 14.45: Z.d.A.—V.f.L. (Stadion); 14.30: Märzdorf—Einheit (Märzdorf); 14.30: Adler—Wacker (Schwoitsch); 14.30: 1921—1924 (Kosel); 14.30: Rosenthal—Askania (Brückenaue); 14.30: Ohlau—Rothsürben (Ohlau); 14.00: Jordansmühl—Herrnprotsch (Jordansmühl); 14.30: VfR.—Vorwärts (Riemannhöhe); 14.30: Schmolz—Einigkeit 2. Mannsch. (Schmolz); 14.30: Canth—Tasmania (Canth).

#### II. Mannschaften:

13.00 Uhr: Canth—Tasmania (Canth); 13.00: Schmolz—Einigkeit 3. Mannschaft (Schmolz); 13.00: V.f.R.—Vorwärts (Riemannhöhe); 14.30: Nädliß—Lanisch (Nädliß); 12.30: Jordansmühl—Herrnprotsch (Jordansmühl); 13.00: Ohlau—Rothsürben (Ohlau);

13.00: Risenenthal—Askania (Brückenaue); 13.00: 1921—1924 (Kosel); 12.30: Sparta—F.S.B. (Schlachthof); 13.00: Eintracht—Osowitz (Masselwitz); 13.30: Adler—Wacker (Schwoitsch); 13.00: Märzdf.—Einheit (Märzdorf); 13.00: Z.d.A.—V.f.L. (Stadion); 13.00: V.f.B.—Rapid (Oltaschin); 12.30: Sturm—Stern (Maria-Höfchen); 13.00: Union—Blau-Weiß (D.-Lissa).

Zum Protestspiel stehen sich um 14 Uhr Herold I und Cawallen I (Saccan) gegenüber.

Das Endspiel um die Bezirksmeisterschaft der II. Mannschaften wird um 14 Uhr von Herta II—Falke II in Gräbschen ausgetragen.

#### Schirvereinigung.

Sonntag, den 22. 11. 1931, 9.00 Uhr vorm. Schiedsrichterprüfung im Bezirks-Lokal. Die Genossen erscheinen zu den bestimmten Zeiten, damit eine glatte Abwicklung zustande kommt. Bleistift und einen Bogen Papier mitbringen.

#### Meisterschaftstreffen in Ratingen

Fr. T. Ratingen I—Schwarz-Gelb Düsseldorf I, Anwurf 13.45. Am Sonntag wird auf der Talstraße ein Kampf aufgetragen, der wohl der schwerste sein wird, den Ratingen bisher zu bestehen hatte. Erwartet Ratingen doch den Bezirksmeister 1930—31 und Endspielgegner um die Westdeutsche Meisterschaft. Ratingen müßte mit viel Eifer versuchen, bis zur Halbzeit ein günstiges Resultat herauszuholen, denn Schwarz-Gelb wird im Endspurt sehr gefährlich.

Ratingen II—Schwarz-Gelb II. — Ratingen dürfte sicherer Sieger sein. Anwurf 12.30.

### Sachsen-Sport

#### Aus Burgstädt-Limbach

Nachdem am Sonntag so gut wie nichts „los war“, gab es diesmal erhöhten Betrieb, und die Vereine holten das Versäumte reichlich nach. Der Meister Taura brachte es in einem spannend verlaufenen Kampf gegen Mittelbach nur zu einem 1:0. Röhrsdorf mußte gegen Burgstädt mit 0:6 die Segel streichen. Rußdorf und Callenberg teilten sich durch ein 2:2 in die Ehre des Tages. Herrenheide brachte es in Mittweida gegen Jahn zu einem beachtlichen 2:3. Bereits am Sonntag kämpfte Röhrsdorf gegen den Neuling Tauscha b. Penig 4:0 nieder. Wechselburg konnte auch auf eigenem Platz gegen Jahn 2 Mittweida nichts schaffen. Resultat 2:4. Lunzenau 2 gelang gegen Wiederau 1 ein 4:2-Sieg. Auch Burgstädt 2 siegte gegen Königshain sicher mit 5:1. Niemand hätte von Taura 2 einen 4:2-Sieg gegen Glösa b. Chemnitz erwartet.

Rußdorf 2—Taura 3 2:6, Wechselburg 2—Jahn 3 Mittweida 0:5, Burgstädt 3—Herrenheide 2 4:1, Röhrsdorf AM.—Jahn AM. Mittweida 2:2. Jugend: Burgstädt—Wittgensdorf 4:0, Taura—Mittelbach 2:2. Knaben: Röhrsdorf—Herrenheide 1:2, Rußdorf—Taura 1:0.

### Handball

#### Breslau

Der vorletzte Seriensonntag der Handballer dürfte einige Vorentscheidungen bringen. Es stehen sich gegenüber

Männer-A-Klasse. 1897—6. Abtlg. auf der Lohewiese (9.40); — 2. Abtlg.—1. Abtlg. im witz im Stadion (10.50); — 2. Abtlg.—1. Abtlg. im Ostpark (15.00); — Z. d. A.—7. Abtlg. im Stadion (9.30); — Sil.-Kick.—8. Abtlg. im Stadion (10.40); — 1925—Mochbern auf der Brückenaue (14.50); — 5. Abtlg.—9. Abtlg. auf der Brückenaue (14.50).

Männer-B-Klasse. 1897—6. Abtlg. auf der Lohewiese (2.40); — 2. Abtlg.—1. Abtlg. im

Ostpark (10.00); — Brieg—Dt. Lissa in Brieg (10.40); — Fr. Schwimmer—Wratistawia im Stadion (13.30); — 1925—Mochbern auf der Brückenaue (8.00); — 5. Abtlg.—9. Abtlg. auf der Brückenaue (13.40); — Sil.-Kick.—8. Abtlg. im Stadion (14.30); — 4. Abtlg.—7. Abtlg. auf der Lohewiese (15.00).

Sportlerinnen. 9. Abtlg.—VfL im Ostpark (14.00); — 2. Abtlg.—3. Abtlg. II auf der Lohewiese (14.10); — 4. Abtlg.—3. Abtlg. I im Eichenpark (14.30), (Entscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft der Sportlerinnen); — FSB.—Herta Brieg im Bebelpark. (15.00).

Handballverhandlungs-Ausschuß. Montag, 23. 11. haben folgende Genossen zu erscheinen: 20 Uhr: Fritz Holst (1925) und Schiedsrichter Walter Reichert. 20.25 Uhr: Klose (9. Abt.), Schiri Reichert (1897). 20.50 Uhr: Walter Hoffmann (5. Abt.), Schiri Hünig. Pässe sind mitzubringen. — Die Adresse des neuen Verhandlungsausschuß-Obmanns ist Robert Loch, Posener Str. 55.

Bezirksspielausschuß. Folgende Vereine erhalten bis auf weiteres Spielverbot: 4. Männer-Abt., 8. Männer-Abt., Z. d. A. 2. Frauen-Abt.

Spielabschluß. Die Freie Turnerschaft Grünberg wünscht zu den Weihnachtsfeier einen Breslauer Gegner nach Grünberg. Es kommt nur A-Klasse in Betracht. Angebote sind an den Gen. Bruno Ernst, Grünberg, Akazienstr. 1a zu richten.

ATV. Neukirch. Sonnabend, den 21. 11. 20 Uhr Vollversammlung.

#### Freie Turnerschaft Breslau E. V.

4. Frauen-Abt. Donnerstag, 19. 11. 20 Uhr Heimabend der Frauen und älteren Turnerinnen bei Grundmann, Frankfurter Str.

7. Frauen- u. 9. Männer-Abt. Mittwoch, 25. 11. Lehrmittelzimmer Klodnitzerstraße 4. Heimabend (Brettspiele).

#### Sachsen-Handball vom Bußtag

(4. Kreis, 10. Bezirk)

Heidenau I. Mstr. 10. Bezirk—Niederhäßlich II Mstr. 9. Bez. 0:2 (0:1); Heidenau II—Niederhäßlich II 3:4 (1:4); Heidenau III—Grossedlitz I 12:4 (7:2); Heidenau Schw.—Dohna II 7:2 (5:1); Heidenau Spielerinn.—Lockwitz Spielerinn. 5:2 (3:1).

### Große Sportveranstaltung in Berlin-Friedrichsfelde

Die Sportliche Vereinigung Lichtenberg-Friedrichsfelde bringt wie alle Jahre auch diesmal am Totensonntag große Sportwettkämpfe zur Durchführung. Die Kämpfe werden in Tempels Festsälen, Friedrichsfelde, Prinzen-Allee 45 (Haltestelle der U-Bahn), durchgeführt. Außer artistischen Darbietungen kommen Kämpfe im Heben zwischen Kehr, Walloscheck, Apitz, Schulz, Roßbach und Poekern zum Austrag. Im Ringen stehen sich Neumann—Witzorek, Hanser—Leß, Walloscheck—Binder gegenüber. Die Boxkämpfe werden ausgeführt von Berndt—Krönig, Henneberg—Preller, Buchholz—Sobke. Die Jiu-Jitsukämpfe und Demonstrationen vervollständigen das Programm. Außer diesem Sportprogramm hat noch der Gesangsverein „Lichtenberger Liederfreunde 1921“ sowie der Orchesterverein „Rigoletto“ seine Mitwirkung zugesagt. Anfang der Veranstaltung 4 Uhr.

#### Freie Schwimmer Breslau

1. Handballmannschaft, Sonntag, 9 Uhr, Platzbau im Stadion. Jugendabteilung Nord, Montag, den 23. Nov., 20 Uhr, im Heim, Michaelisstraße 36. Vortrag: „O! Ueberfall!“. Jugendliche anderer Abteilungen sind eingeladen. Handball. Das Spiel Freie Schwimmer—L.—Stabelwitz I findet wegen Platzschwierigkeiten schon um 10 Uhr im Stadion statt. Schiedsrichter und Mannschaften nehmen hiervon Kenntnis. Arbeiter-Samariter-Bund. I. Abteilung. Sonntag, 20 Uhr, bei Malz, Westendstr. Abteilungsversammlung. Wichtige Tagesordnung.

## Gestern Verschwörer Heute Innenminister

Sensation im Brester Prozeß

Warschau, 19. November.

In der Verhandlung des großen politischen Prozesses von Brest-Litowsk gab es heute abend eine Sensation. Der als Zeuge gehörte General Kukiel, ein intimes Freund des ehemaligen Ministerpräsidenten und mehrmaligen Kriegsministers General Sikorski sagte aus, daß im Jahre 1925 nach der Bildung der Koalitionsregierung des Grafen Skrzynski, der Sikorski nicht mehr angehörte,

ein Offizier des Pilsudski-Kreises General Sikorski den Vorschlag gemacht hätte, einen Staatsstreich zu unternehmen und Banden zu bilden.

Ferner hätte ihm dieser Offizier auch versprochen, die für den Staatsstreich und etwaige Sprengungen in der Hauptstadt notwendigen Waffen und Munition zur Verfügung zu stellen. Nach dem Namen dieses Offiziers befragt, erklärte General Kukiel, daß dies der heutige Innenminister Oberst Pieracki gewesen wäre.

## Perus neuer Präsident

Lima, 19. November.

Oberst Sanchez Cerro, der Führer der vorjährigen Revolution, die zum Sturze des damaligen Präsidenten Dr. Augusto Leguia führte, übernahm heute die Präsidentschaft, nachdem er bei den Wahlen mit überwältigender Mehrheit gesiegt hatte.

Der Zustand des früheren Präsidenten Leguia, der gestern nach 14monatiger Haft aus dem Gefängnis nach dem Hospital gebracht wurde, ist nach wie vor ernst. Seine Genesung wird für unwahrscheinlich gehalten.

## Präsidentenwahl in Argentinien

General Justo siegt über Torre?

London, 20. November.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Präsidentenwahl in Argentinien hat General Justo, der Kandidat der Nationaldemokratischen Partei, 245 932 Stimmen und der Alianza-Kandidat, Dr. de la Torre, 171 460 Stimmen erhalten.

Rücktritt des jugoslawischen Finanzministers. Der Finanzminister Gjuritsch, dessen Ausscheiden aus dem Kabinett schon seit langer Zeit erwartet wurde, ist Donnerstag zurückgetreten. Der König hat sein Rücktrittsgesuch bereits genehmigt und zu seinem Nachfolger den stellvertretenden Gouverneur der Nationalbank, Milorad Gjorgjievitch, ernannt. Der ehemalige Finanzminister kehrt auf seinen Gesandtenposten nach London zurück. Der neue Finanzminister ist erst 35 Jahre alt.

## Mannschaftskämpfe im Ringen West 21—AAVB. 1911

Am 22. November werden in der Liegnitzer Turnhalle die Mannschaftskämpfe fortgesetzt. Den Kampftag wird die Jugend von 1897 und Nordost eröffnen. Obwohl 1897 die Jugend von 1911 knapp schlagen konnte, ist ihr Sieg über Nordost zweifelhaft. 1911 II wird in der B-Klasse sicher gegen 1911 III siegen. Im Hauptkampf tritt West 21 gegen 1911 an. Daß West 21 nicht unterschätzt werden darf, bewies die Vorrunde gegen 1897. Allgemein erwartet man jedoch die junge 1911-Mannschaft als Sieger. Der Beginn der Kämpfe ist auf 15 Uhr gelegt.

## Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“

Ortsgruppe Breslau. 22. November. Besichtigung der Breslauer Berufsfeuerwehr, Treffpunkt 9 Uhr an der Liebigshöhe. Jugendabteilung: Wir nehmen an der Besichtigung teil, nachmittags ab 17 Uhr bunter Nachmittag im Heim Nord, Mehlgasse Ecke Paulinenstr. Bezirk I. Sämtliche Jugendlichen nehmen an der Besichtigung der Feuerwehr teil. Mitglieder unter 14 Jahre haben keinen Zutritt.

### Breslau

# Zentral

## THEATER-BRESLAU

Bis Donnerstag, den 26. November  
Auch Totensonntag

Das große Doppelprogramm!  
Charlotte Suzet, Heinz Kersch, Joe Malton

in  
**D-Zug 13 hat Verspätung**

Ein unverhörter, wundervoll aufregender und aufwühlender Film

Tollste Witzchen entsprechend bringen wir noch  
**Rich. Tauber - Tonfilm**  
(Ch glaub' sie mehr an eine Frau  
als Väter Fütter, Marie Löwe, Paul Bäcker  
Ludke-Kochentanz)

Volles Orchester  
Beginn tägl. 16.30 - Letzte Vorstellung 20.45

Sonnabend, d. 21. u. Sonntag, d. 22. Nov. 15 Uhr  
**Jugend-Tender-Vorstellungen**  
2 Große Märchen-Festspiel-Tage

**Schneewittchen**  
Der schönste deutsche Märchenfilm  
Bazu re ha tites ana 'vridas Beiprogramm

**Achtung! Metallarbeiter!**

Für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Breslau, läuft am **Sonntag, dem 22. November**, vormittags 11 Uhr, im „Proleton“ der Werbefilm

**„Der gläserne Motor“**

Da dieser Film ein starkes Interesse bei den Kollegen finden wird, der Unkostenbeitrag nur 10 Pf. beträgt, erwarten wir zahlreichen Besuch

Die Branchenleitung der Autoschlösser im R. M. V.  
Die Ortsverwaltung

**PROLETON**

GABITZSTR. 20-22 HÖFCHENSTR. 49  
ANFANGSZEITEN: 4.20, 6.40, 8.50 UHR

Von 20. bis 26. November

**Einbrecher**

Eine musikalische Ehemödie

Lillian Harvay, Willi Fritsch, Ralf Arthur Roberts, Kurt Ceron, Heinz Rühmann usw.

Kulturfilm:

**Kinderhände, wie sie Menschen zeichnen**

Neueste Woche Wochenschau

Im Varietéteil auf der Bühne:

**2 Makarobs**

das beste Gitarrenduo der Welt

Fahrradstand vorhanden

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau

Sachsen

**Fahrräder, Nähmaschinen**

**Radio-Apparate bester Marken**

in reicher Auswahl

**Albin Wenzel, Lawalde**

**Gelegenheitsposten in**

**Kleiderstoffen u. Kleider-**

**seide eingegangen, günstig**

**für Weihnachtsgeschenke**

**Auguste Jähne, Lauba**

**Solas / Chaiselongues**

**Auflage-Matratzen**

— Kauft beim Fachmann —

Solide Preise — Modernisieren und Umarbeitung billigst

**R. Steglich, Saffnerstr. Cunevalde**

## SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2,40 RM einschl. Bestellgebühr  
wöchentlich 0,60 RM einschl. Bestellgebühr  
bei Postbezug 2,10 RM, zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

---

### BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

**„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“**

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name \_\_\_\_\_

Wohnort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

**Arbeitersportler!**  
Ist die **SAZ**  
**Stärkt unsern Pressefonds!**